

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmöndlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 50 Pfennig. Einjahrespreis halbmöndlich 10 Mark, bei Selbstabholung 8 Mark. Postzuschlag 10 Pfennig. Bestellungen werden in den Geschäftsstellen, von unseren Boten und Agenturen entgegen genommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tagesblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft: Kurt Mollenhuth, für den letzten Teil i. B.: H. Wollentz, für Redakteur u. Injektion: Karl Zreff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig, Kleinanzeigen 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei der Bestellung festgesetzte Preis. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfachkonto Wernigerode 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerstraße) Wernigerode, Burgstraße 2.

Nr. 134

Freitag, den 12. Juni 1931

6. Jahrgang

Sehr ernste Lage.

Die Volkspartei ist zu den Faschisten übergegangen. — Diktatur der Industrie?

Die Deutsche Volkspartei hat sich am Donnerstag endgültig auf die Seite der Schwerindustrie geschlagen. Ihre Reichstagsfraktion hat am Donnerstag abend nach einer feststehenden, zum Teil außerordentlich heftigen Debatte, unter der Führung Dingeldeys mit 14 gegen 12 Stimmen beschlossen, ebenfalls die Einberufung des Reichstages zu fordern.

Vor der Abstimmung verließ Dr. Curtius die Fraktion. Wie es heißt, führt er sich nicht mit dem Vorbehalt der völksparteilichen Reichstagsfraktion, sondern mit dem Kabinett solidarisch. Die Abgeordneten Kahl und Kardoff gehörten ebenso wie Curtius zur Minorität ihrer Fraktion.

Die Volkspartei will den Sturz der Regierung.

Das ist der Sinn ihrer Forderung nach der Einberufung des Reichstages. Nachdem Brüning am Donnerstag gegenüber dem Führer der Volkspartei Dingeldey in Uebereinstimmung mit dem Kabinett eine Umbildung der Regierung im gegenwärtigen Augenblick abgelehnt hat, hat sich die Volkspartei ganz der Schwerindustrie verkauft. Sie hofft, durch eine Einberufung des Reichstages den Rücktritt der Regierung Brüning oder ihren Sturz in offener Selbsttäuschung zu erreichen und glaubt, daß damit

der Weg zur Bildung eines Direktoriums geebnet ist.

Dieser Plan ist gleichbedeutend mit dem Wunsch nach Aufhebung sämtlicher Tarif- und Arbeitszeitbestimmungen. An die Spitze dieses Direktoriums, das nichts anderes sein würde als eine sozialreaktionäre Diktatur in schimmliger Form, will man einen Wirtschaftler legen. Brüning, dem man inzwischen unter der Hand das Amt eines Außenministers in dem Direktorium angeboten hat, hat abgelehnt. Man hat ihn unter diesen Umständen willen lassen, daß er eventuell auch der dritte Direktor dieses Direktoriums, also den

Reichstagssturz der Schwerindustriellen Gnadenspielen kann. So hat sich in diesen schwerindustriellen Klubs als Finanzminister auszuweisen. Allein die Zahlreiche, daß sich die Volkspartei mit dieser innen- und außenpolitisch unmöglichen Figur als Finanzminister — denn nichts anderes soll er sein — und evtl. Unterkanzler für das Reparationsproblem abgefunden hat, zeigt, daß diese Partei bereits

völlig in der Fährte des Faschismus wandelt.

Ein Anlaß mehr für die deutsche Arbeiterklasse auf der Seite zu sein. Kein Zweifel, daß der Faschismus durch den Beschluß der Volkspartei Zugang erhalten hat. Wird die Volkspartei ihr Ziel erreichen? Vorläufig ist selbst mit ihren Stimmen eine Mehrheit für die Einberufung des Reichstages noch nicht vorhanden. Die Entscheidung für diese Mehrheit liegt jetzt bei der Landvolk-Gruppe bzw. bei der Sozialdemokratie. Am Abend des Reichstages bisher noch getragene die eine Richtung unter Führung von Gerke und Gellag-Schönheimen ist gegen die Einberufung, die andere will sie, um nicht hinter der Wirtschaft- und Volkspartei nachzulassen.

Nachdem sich die Volkspartei, wenn auch nur mit einer knappen Mehrheit von zwei Stimmen, für die Einberufung ausgesprochen hat, wird sich aber voraussichtlich nach auch das Landvolk mit einer knappen Mehrheit dafür entscheiden, sobald der Zusammentritt des Reichstages.

selbst für den Fall eine Mehrheit vorhanden sein würde,

daß die Reichsregierung der Sozialdemokratie hinsichtlich der Veränderung der Notverordnung genügend Konzessionen macht und sie sich deshalb nicht für den sofortigen Zusammentritt des Reichstages.

Der Zwischenkredit.

Die Verhandlungen des Reiches mit der Reichsbank über die Ermöglichung eines Zwischenkredits in Höhe von 250 Millionen Mark haben zu einem positiven Ergebnis geführt. Der Kredit wird dem Reich bis Ende Juni ausbezahlt und ist in der Zeit vom 15. Januar bis 15. April 1932 in monatlichen Raten zurückzuzahlen. Der Kredit ist jeweils mit 1 Prozent über Reichsbankzinsen zu verzinsen, heute also zu dem Lombardfuß von 6 Prozent. Die Banken erhalten dafür Sachpantensicherungen. Der Kredit soll in erster Linie zur Befriedigung der im Juni fällig werdenden 33 Millionen Mark älterer Staatsanleihen und der im Juni fälligen 122 Millionen Reichsschulden verwendet werden. Der Juli bringt für das Reich wieder größere Einnahmen, so daß ein Kreditbedarf des Reiches im Juli unwahrscheinlich ist.

Senatspräsident in Frankreich.

Der reaktionäre Lebrun gewählt.

Paris, 11. Juni. (Eig. Draht.) Die Wahl des neuen Senatspräsidenten die am Donnerstag nachmittag statt-

ments ausprechen würde. Falls sich das Landvolk jedoch entgegen allen Erwartungen nicht für die Einberufung aussprechen sollte, läge die Entscheidung darüber bei der Sozialdemokratie.

Was aber, wenn eine Mehrheit für die Einberufung des Reichstages vorhanden ist? Der Reichstagsführer hat in Uebereinstimmung mit dem Kabinett seinen Zweifel darüber gelassen, daß die Regierung sich aus innen- und innenpolitischen Gründen mit dem Zusammentritt des Reichstages nicht abfinden werde. Welche Konsequenzen die Regierung im Eventualfalle zu ziehen gedenkt, hat der Reichstagsführer nicht veröffentlichen lassen.

Wird sie zurücktreten oder gar den Reichstag auflösen, ohne daß zunächst Neuwahlen ausgeschrieben werden?

Man erörtert in unterirdischen Kreisen die eine und auch die andere Möglichkeit. Aber welchen Ausgang schließlich ein Kampf zwischen Regierung und einer Parlamentsmehrheit nehmen wird, die zwar im Stande ist, das Kabinett zu stürzen, aber nie eine neue parlamentarische Regierung zu bilden vermag, ist vorläufig völlig ungewiß.

Vieles hängt von dem Reichspräsidenten ab.

dem der Reichstagsführer heute in Reudetz über die innen- und außenpolitische Lage Bericht erstatten wird. Was, wenn er nehmen wird dem günstigsten Fall an — es steht, eine Demission des Kabinetts anzunehmen?

Im Augenblick ist lediglich zu sagen, daß die Situation bitter ernst ist u. alle Verantwortlichen in Bedrängung gefasst werden müssen. Auch die, daß sich die Sozialdemokratie bereits in den nächsten Tagen zu einem außerordentlich schweren Abwehrkampf gegen die Soldlinge des Faschismus und ihrer Seilsüßigkeitspartner gezwungen sehen kann.

Macht Brüning Konzessionen?

Inbezug auf die Notverordnung ist die Reichsregierung zu Verhandlungen unter der Voraussetzung bereit, daß dadurch deren finanzielles Ergebnis nicht beeinträchtigt werden. Die eventuellen Änderungen sollen jedoch weder durch den Reichstag noch durch einen Ausschuß beschlossen, sondern auf dem Wege innerer Verhandlungen vereinbart werden. Inwiefern auf diesem Wege eine Verständigung möglich ist, läßt sich zurzeit noch nicht sagen.

Verhandlungen mit der Sozialdemokratie.

Am Donnerstag abend fand zwischen dem Führer der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und dem Reichstagsführer Dr. Brüning eine Besprechung über den Inhalt der Notverordnung statt. In der Besprechung nahm auch der Reichsarbeitsminister Dr. Egermould teil.

Die Vertreter der Sozialdemokratie unterbreiteten dem Reichstagsführer ihre Bedenken gegen die Notverordnung und madten ihn mit Nachdruck auf die politischen Folgen des Antifaschismus insbesondere derjenigen Bestimmungen der Notverordnung aufmerksam, die einen weitgehenden Abbau der sozialen Leistungen bezweckten. Der Reichstagsführer betonte, daß die Einberufung des Reichstages mit schweren Gefahren für die Kreditverhältnisse verbunden sei und man im gegenwärtigen Augenblick davon eine weitere Zuspitzung der Wirtschaftskrise, der Arbeitslosigkeit und der Finanzschwierigkeiten befürchten müsse.

In der Besprechung wurde ein endgültiges Ergebnis nicht erzielt. Die Besprechungen über die von der Sozialdemokratie gewünschten Veränderungen der Notverordnung sollen nach der Rückkehr des Reichstagsführers von Reudetz und nach einer Fühlungnahme mit dem Reichskabinett fortgesetzt werden.

land, war gewissermaßen eine zweite Auflage der Wahl von Verfallens. Am zweiten Wahlgang gelang es dem Kandidaten der Reaktion, Senator Lebrun, den Sieg davonzutragen. Er wurde mit 147 Stimmen gewählt, während der radikale Senator Jeanneney nur 130 Stimmen auf sich vereinte. Im ersten Wahlgang war das Stimmenergebnis 143 gegen 141.

Dieses Ergebnis ist nur dadurch zustande gekommen, daß einige radikale Senatoren nicht an der Sitzung teilgenommen und andere nicht für ihren Kandidaten gestimmt haben. Wenn die 148 radikalen Senatoren sämtlich an der Wahl teilgenommen und für Jeanneney gestimmt hätten, hätte dieser mit Unterstützung der 17 sozialistischen Senatoren gewählt werden müssen. Der Senat zählt zurzeit rund 310 Mitglieder. Von diesen waren 289 anwesend, jedoch die absolute Mehrheit, die für die Wahl erforderlich ist, 144 betrug.

Der neue Präsident Lebrun ist 60 Jahre alt und ein Freund und Landsmann Poincarés. Er ist vor dem Krieg Kolonial- und Kriegsminister und nach dem Krieg im Kabinett Clemenceaus Unterstaatssekretär für die belarischen Gebiete gewesen. Seit 1926 ist er Präsident des Verwaltungsrats der von Poincaré geschaffenen Schuldentilgungskasse.

Unsinn der Notverordnung.

Die ungeheure Erregung, die die neue Notverordnung bei den werktätigen Schichten hervorgerufen hat, ist nur zu berechtigt. Die Notverordnung ist kein gewöhnliches Gesetzgebungsmerk. Sie ist erlassen worden in einer Situation, die politisch, wirtschaftlich und finanziell schwerer ist als je zuvor. Trotz aller bisherigen Sanierungsversuche ist unter den Wirkungen der Wirtschaftskrise in den öffentlichen Haushalten und bei der Arbeitslosenvermehrung ein neuer Höchstbetrag von rund 24 Millionen Mark entstanden. Einschneidende Maßnahmen zu seiner Deckung sind unermesslich. Anzudeuten hat auch die neue Notverordnung Bestimmungen bringen müssen, die die Lebenshaltung der unteren Volksschichten nicht unberührt lassen. Diese Lasten haben alle vernünftigen Menschen eingesehen. Man kann damit rechnen, daß die Schichten, die noch Arbeit und Brot haben, durcwegs bereit sind, für jene mit zu sorgen, denen beides fehlt.

Würde die Notverordnung sich in diesem Rahmen gehalten haben, so hätte sie zwar auch Widerstand und Erregung ausgelöst, Empfindungen, die doch aber schließlich durch die Einsicht und die Erkenntnis überwinden wären, daß die Rettung des Ganzen allein anderen beruht. Was die neue Notverordnung aber unerträglich macht, das ist ihre ungeheuerliche Einseitigkeit, das ist die Empfindung, daß sie nicht nur notwendige und unermessliche Sanierungsmaßnahmen enthält, sondern daß sie die lang gehegte Pflicht vernachlässigt, alles, was dem Schutze der Lebenshaltung der unteren Volksschichten dient, abzubauen oder mindestens ganz erheblich einzuschränken. So enthält die Notverordnung eine Fülle von Eingriffen, die nicht gerecht sind, Eingriffe, die nicht zweckmäßig sind, ja solcher Eingriffe, die überhaupt nutzlos sind, aber ungeheurer verheerender wirken. An der allseitigen Begründung zur Notverordnung steht der folgende Satz:

„Der Gedanke der Volksgemeinschaft zwingt zu der Schlussfolgerung, daß alle Volksgenossen zur Abmilderung der Katastrophe, die in Gestalt der Arbeitslosigkeit über das Land hereinbrochen ist, nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit beitragen müssen.“

Sehr richtig! Dieser Gedanke entspricht durchaus den Volksempfinden, aber die Notverordnung entspricht diesem Gedanken nicht. Sie es gerecht, daß den schwächsten Schichten die schwersten Lasten auferlegt werden, während die leistungsfähigsten Kreise am meisten gesont werden? Sie es gerecht, daß Arbeiter, Angestellte und Beamte, Arbeitslose, Volksgemeinschaft und Kriegesbeschädigte in ihren Bezügen schwerer Kürzungen erfahren, während bei Industrie, Hausbesitz und Landwirtschaft sogar Steuereremäßigungen eintreten? Sie es gerecht, wenn die Renten der Arbeitslosen um 7-14 Prozent gekürzt werden, den Hausbesitzern aber eine Erhöhung ihrer Einnahmen aus dem Wert zuzerkannt wird? Wo bleibt z. B. der Grundbesitz der Volksempfinden 2000 M. Jahresertrag, wenn ein Arbeiter schon bei 2000 M. Jahresertrag erst bei 8000 M. Entspricht es dem Volksempfinden, wenn 4 Millionen Arbeitslosen die Volksempfinden-Entlassungen geräumt werden, auf die sie einen gesetzlichen Anspruch hatten, während gleichzeitig den hohen Einkommen eine Steuereremäßigung für ihre Erparnisse gewährt wird? Sie es gerecht, wenn die Unterstützung der Tabakarbeiter, die durch die Tabakkonfiskation arbeitslos geworden sind, aufgehoben wird, die Unterstützung an die Tabakfabrikanten aber bestehen bleibt?

Alles das ist nicht gerecht, sondern in höchstem Maße ungerecht. Aber damit nicht genug. Die Notverordnung enthält auch eine ganze Reihe von Vorkehrungen, die unter den heutigen Verhältnissen eine Verengung öffentlicher Mittel darstellen, weil sie ungemächlich sind. Das gilt vor allem von den Subventionen. Während die Gemeinden nicht wissen, woher sie das Geld für die Unterhaltung der Volkshausverwaltungen nehmen sollen, werden 140 Millionen aus der Krisensteuer für sogenannte Arbeitsbeschaffung verwendet. Wie aber sieht die Arbeitsbeschaffung in Wirklichkeit aus? Die Reichsbahn soll mit Hilfe dieser Mittel in vergrößertem Umfang Gleisverneuerungen und Umbauten vornehmen, bei denen angeblich 120 000 Arbeiter ein halbes Jahr lang Beschäftigung finden sollen. Aber die Schwerindustrie wird die vermehrten Lieferungen an die Reichsbahn, die dadurch möglich werden, nicht dazu benutzen, neue Arbeiter einzustellen, sondern wird erst einmal ihre Väter räumen.

Ebenso steht es mit der Subvention an den Steinlohnbergbau. Ihm sollen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abgenommen werden, damit die Kohlenpreise gesenkt werden können. Faktisch wird aber die deutsche Wirtschaft kaum etwas davon haben, sondern die Steinlohnarbeiter werden auf diese Weise ihren persönlichen Konkurrenzkampf gegen England finanzieren. Dazu kommt der freiwillige Arbeitsdienst. Hier besteht die große Gefahr, daß bedeutende Mittel aufgewendet werden, um den Wehrverbänden amtlich geförderte Aufgaben zu übertragen und so Arbeiter durchzuführen zu lassen, die sich volkswirtschaftlich als Kapitalfliehleistungen größten Stils erweisen.

Schließlich bringt die Notverordnung noch eine ganze Reihe von Vorkehrungen, die überhaupt nutzlos erscheinen, aber, weil sie im höchsten Grade unzulässig sind, besonders verheerend wirken. So wird bei der Krisensteuer die Erfüllungspflicht eingeführt und damit die Unterhaltung der Erwerbslosen in bedenklicher Weise dem Zustand der alten Armenpflege angetraut. Ferner wird der Staatseinkommen für nachgelegene Arbeit vergrößert, als

ob es nur darauf ankäme, Millionen von Arbeitslosen von der Straße weg wieder in die Arbeitsstätten zu bringen.

So ungerecht, so unzumutbar und so nutzlos und verblühend sind diese Vorschriften der Notverordnung und gerade dadurch werden die kranken Opfer, die zur Aufrechterhaltung der sozialen Leistungen und zur Sanierung der öffentlichen Finanzen gebracht werden müssen, so untragbar. Der Staatssekretär Fänder, einer der nächsten Mitarbeiter des Reichstanzlers, hat in einem Artikel in der Berliner „Germania“ über die Notverordnung ausgeführt:

„Dieses Opferprogramm wäre überhaupt nicht zu tragen, wenn nicht völlige Gewißheit übergeben wäre, daß nach den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit der notwendige Ausgleich zwischen allen Ständen, Berufen und Klassen gesucht und gefunden wäre.“

In Wahrheit ist dieser Ausgleich nicht gefunden, ja nicht einmal gesucht worden. Auf dem Wege der jüngsten Notverordnung kam die Überwindung der Schwierigkeiten nicht gelingen. Nur Erbitterung und Widerstände können erzeugt werden. Aber auch die Regierung sollte sich klar sein darüber: Der Wert der Sanierung ist nur durchzuführen, wenn die Maßnahmen, die ergriffen werden, gerecht, zweckmäßig und erfolgversprechend sind.

Polnische Protestnote.

Wegen der dummen Breslauer Stahlhelmreden.

Die polnische Regierung hat in Berlin wegen der antipolnischen Reden und des mittelstlichen Charakters der Breslauer Stahlhelmrede eine Protestnote überreichen lassen. Die Reichsregierung vertritt den Standpunkt, daß der Stahlhelm eine reine private Organisation ist, mit der deutschen Behörde nichts gemein haben. Sie trägt deshalb keinerlei Verantwortung für die Kundgebung.

Kämpfe um Macdonald.

Die Arbeiterregierung gegen Abbau der Arbeitslosen-Fürsorge.

London, 11. Juni. (Eig. Draht.) Die Arbeiterregierung wird die Arbeitslosenunterstützung nicht abbauen, obwohl die Arbeitslosenkommission in ihrem vorläufigen Bericht eine Leistungssteigerung in der Arbeitslosenversicherung für den Fall, daß keine Beitragsentlastung erfolgt, vorschlagen hat. Die Regierung wird zunächst den abschließenden Bericht der Kommission abwarten; sie will jedoch, wie verlautet, ein Gesetz zur Bekämpfung von Risiken in der Arbeitslosenversicherung einbringen.

Scharfe parlamentarische Kämpfe sind vor allem bei der Beratung der Grundsteuer zu erwarten. Die Liberalen wollen gewisse Grundstücke von dieser Steuer ausgenommen wissen. Dadurch würde nach Ansicht des Schatzkanzlers das ganze Prinzip der Steuer in Frage gestellt.

Die Arbeitsbeschaffung durch die Reichsbahn.

Die Verhandlungen zwischen der Reichsbahnverwaltung und den Eisenbahnergewerkschaften über die Durchführung der von der Notverordnung vorgesehenen Arbeitsbeschaffung durch die Reichsbahn kamen am Donnerstag zu einem gewissen Abschluß. In der Hauptsache dürfte sich die Arbeitsbeschaffung folgendermaßen gestalten:

Durch Oberbauarbeiten sollen rund 60 000 Arbeiter — nicht 120 000, wie in der Presse behauptet worden war — etwa fünf Monate lang beschäftigt werden. 60 Prozent der zuzuführenden Arbeiten will die Reichsbahn in eigener Regie durchführen und 40 Prozent durch Privatunternehmern fertigstellen lassen. Von den 60 000 neu einzustellenden Arbeitern würden 36 000 Zeitarbeiter, 5 Eisenbahnarbeiter sein, während der Rest von 24 000 Arbeitern aus Arbeitslosen der Privatindustrie geholt werden müßte.

Die Regierung hat der Reichsbahn die Verpflichtung auferlegt, daß die neu einzustellenden Arbeiter nur 40 Stunden arbeiten. Diese Arbeitszeitverlängerung soll jedoch auf die übrigen Bahnunterhaltungsarbeiter nicht übertragen werden. Ferner sieht die Notverordnung die Verpflichtung vor, daß die neu einzustellenden Arbeiter von der Masse der unterstützungsberechtigten Arbeitslosen genommen werden. Ausgezeichnete dürfen nicht verwendet werden. (1) Das Reich bezweckt damit eine Entlastung der Staatsausgaben für die Arbeitslosenunterstützung. Schließlich fordert die Regierung, daß die neu einzustellenden nach Möglichkeit im Laufe der Arbeitskampagne von fünf Monaten ausgemacht werden.

Verfassungskonferenz bleibt in Baden Feiertag.

Der Badische Landtag lehnte am Donnerstag einen deutschnationalen Antrag auf Aushebung des 11. August als Feiertag mit 55 gegen 21 Stimmen ab. Die Regierung erklärte zu dem Antrag, daß sie bei der Reichsregierung und dem Reichstag auf eine einseitige Regelung der Feiertage Verzicht leisten für das ganze Reich bringen werde. Der gegenwärtige Zustand, daß der Verfassungskonferenz nur noch in Baden und Heßen als Feiertag gelte, sei auf die Dauer untragbar.

Die indischen Verurteilungen.

Rangoon, 11. Juni. (Eig. Draht.) 12 an der Person in den letzten Dezember betraffene Personen wurden in Yboranaboo zum Tode verurteilt. 26 Personen, darunter ein buddhistischer Priester, wurden zu lebenslänglicher Gefangenschaft verurteilt.

Der Reichstanzler ist heute vormittag um 8 Uhr nach Reuders abgereist. Er kehrt am Sonnabendvormittag nach Berlin zurück und wird dann voraussichtlich u. a. die mit der Sozialdemokratie eingeleiteten Verhandlungen fortsetzen.

Ein großer Streik ist unter den Braunschweiger Nazis entfallen. Ihre Oberzonen beschuldigen sich gegenseitig, belästigende Alten und Dokumente gestohlen zu haben, die dieser Tage in dem sozialdemokratischen „Volksecho“ veröffentlicht wurden. Wie verlautet, hat die braunschweigische Polizei bei prominenten Nazisführern Vernehmungen veranstaltet.

Schmach im Landbau. Eine innerparteiliche Revolution der Rasse der Greiser Geschäftsstelle des Landbauwesens ergab, daß der Geschäftsführer, Hermann Diffe, große Unterschlagungen begangen hat. Ueber die Höhe der veruntreuten Gelder verlautet noch nichts Genaueres, doch soll es sich um recht hohe Beträge handeln. Diffe, der als „honorierter Bürger“ auch dem Stadtrat angehört, hat sofort einen Verzichtserklärung erteilt. In der für die Reichstanzler der Stadt sehr peinlichen Angelegenheit stehen neue Verhaftungen bevor.

Preisverhörungen für Monopolprodukte in Oesterreich. Der Staatsrat des österreichischen Nationalrats beschloß am Donnerstag, was uns aus Wien gemeldet wird — Preisverhörungen für Salz, Zigaretten, Zigarren und Tabak.

Die Arbeitslosigkeit in England wächst. Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 1. Juni 2 629 971, was gegenüber Mitte Mai eine Zunahme um 123 000 darstellt.

Kasper-Theater im Landtag.

Unter Mitwirkung der Eugenberger.

Berlin, den 11. Juni. (Eig. Ber.)

Am Preussischen Landtag wurde zu Beginn der Donnerstag-Sitzung über ein kommunikatives Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Braun debattiert, das förmlichweise mit der neuesten Notverordnung Brünings begründet ist.

Mit einer wüsten Schimpftrede des Kommunisten Kasper, der dem Hauße, von der Tribüne aus, Ohreigen anbot, und deshalb zur Ordnung gerufen wurde, ging das Theater los.

Ministerpräsident Braun.

Der hierauf das Wort ergreifend, wird von den Kommunisten mit stürmischen Rufen „Meber mit der Regierung!“ empfangen. Infolge des Rens der Kommunisten kann sich der Ministerpräsident zunächst nicht verständlich machen. Präsident Bartels drückt mit äußerster Geschäftsordnungsmäßigkeit. Der Ministerpräsident erklärt, die Kommunisten machen in ihrem Antrag die preussische Staatsregierung für Maßnahmen der Reichsregierung verantwortlich. Die preussische Regierung hat nicht an dem Zustandekommen der Notverordnung mitgewirkt.

Bei diesen Worten erhebt sich bei den Kommunisten ein ungeheurer Lärm. Sie machen dem Ministerpräsidenten fortgesetzt beleidigende Jurze. Frau Lubowig (Komm.) wird von der weiteren Teilnahme an der Sitzung ausgeschlossen, weil sie dem Ministerpräsidenten Lügen vorwirft. Die Maßnahmen des Präsidenten hat förmliche Protestförmelungen der Kommunisten zur Folge. Die ausgeschlossene Abgeordnete verläßt jedoch sofort den Saal.

Ministerpräsident Braun fährt fort: Die preussische Regierung wird bei gegebenem Zeit im Reichstag den Berührung der Notverordnung beantragen. Am übrigen haben die Antragsteller offenbar die Absicht, wegen der Vertagung des Reichstags hier im Landtag eine Art Ersatz-Reichstag zu etablieren. Dabei mitzuwirken lehnt die Staatsregierung ab. (Beif. b. d. Reg.-Parteien, groß, Lärm b. d. Kommunisten.)

Mit der Erklärung hätte das famose Mißtrauensvotum erledigt sein können. Aber die Rechtsparteien legten Wert darauf, ihre oft bewährte

Soldat mit den Kommunisten zu bekennen.

Der Deutschnationale Steinhoff und der Wirtschaftsparteiler Schmidt-Sapfe banden den Kommunisten feierlich für die gute Gelegenheit, den sozialistischen Einfluß in Preußen gänzlich auszuschalten und eine stramme bürgerliche Regierung aufzurichten. Als Ziel der Deutschnationalen offenbart Steinhoff dabei, die Arbeitslosenunterstützung zu beseitigen und durch eine Zwangsarbeit zu ersetzen. Auch sonst bekämpften die Rechtsparteien die Notverordnung wegen angeblicher Überlastung des Budgets mit Steuern und sozialen Pflichten!

Helden vom „Zwischenreich“.

Stahlhelm-Selbe und Oberleutnant a. D. Dürfer bekämpfen die Republik. — Unangenehmes Nachspiel vor dem Kabi. — Hohenzollernanwalt Coerling als Humorist.

Am Donnerstagmorgen hatten sich zwei Bergkämpfer gegen das Gesetz zum Schutz der Republik die Führer des „Stahlhelms“, Oberleutnant Franz Selbe und Oberleutnant a. D. Dürfer, in der Eugenberger vor verantworten.



Selbe (links) und Dürfer (rechts), auf der Anklagebank.

„Großer Tag“ in Meibitz. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte stehen die Hauptlinge des „Stahlhelms“, Oberleutnant a. D. Dürfer, wüster Rufer gegen die Republik im Bezirk Halle-Merseburg, und Herr Selbe, der nebenbei Seifenfabrikant und Fabrikfabrikant. Daneben aber sehr an der Propaganda des „Stahlhelms“, Herr Kleinau, seines Zeichens verantwortlicher Redakteur des „Stahlhelms“. Die Stahlhelmmänner, die sich gleich zum Verteidiger, den Monarchistenanwalt Dr. Coerling und einen Dr. Schaper aus Magdeburg mitbrachten, stehen unter der Anklage, sich gegen § 5, Ziffer 1, des Gesetzes zum Schutz der Republik vergangen zu haben.

Am 18. Januar ergingen in der Zeitschrift „Der Stahlhelm“ unter der Ueberschrift „Kampf dem Zwischenreich“ ein ungemessenes heftiges und verlöcherndes Urteil, das, feierlich schwarz-weiß umrandet, von den Chefs des Stahlhelms persönlich unterzeichnet war. In diesem Elaborat, das der 60. Wiederkehr der Reichsgründung gewidmet war, standen u. a. folgende erbauende Sätze, die das geistige und polemische Niveau der Herren Selbe und Dürfer drastisch aufzeigten:

„Seit 13 Jahren lebt das deutsche Volk in dem unheimlichen Zwischenreich des bismarckfeindlichen Marxismus. Diesem Zwischenreich, das die wilden, stillosen, kulturellen und auch die wirtschaftlichen Grundlagen des deutschen Vaterlandes völlig zu zerstören droht, habt Ihr den Kampf angefangt.“

Der Angeklagte Selbe schmarzt genau so munter und unheimlich förmlich, wie er es bei den Karablen über seine Stahlhelmschen Antrieben zu tun pflegt. Da er weiß, daß es wenig riskant ist, stellt er sich auf heroisch ein und erklärt mit lächerlicher Pose, daß er nichts zurückzugeben habe und durchaus auf dem Boden jener Kampfgebung zum sog. „Zwischenreich“ stünde. Herr Dürfer wird mit seinem Kollegen an Schweiß natürlich nicht nachsetzen und erklärt mit abgeharter Stimme, daß er sogar bereit sei, jede Konsequenz zu tragen. Im Saale macht sich eine gewisse

Hog. Kirchmann (503):

Für die Kommunisten ist es längst eine ausgemachte Sache, daß, wer nicht die neueste Moskauer Linie empfängt, ein ausgemachter Lump und Verbrecher ist. Wollten die Kommunisten ernst genommen werden, so müßten sie sich aufhören, auch und mit herumschlingeln. (Lärm b. d. Komm.) Der kommunikative Antrag zielt auf den Selbstverleumdung, die Regierung Brünning, Regierung Braun und die Regierung Braun mit der Sozialdemokratischen Partei durcheinander zu mischen. Wenn man solchen Unsinn machen will, daß die preussische Regierung die Verantwortung für die Notverordnung nicht trägt, so ist das Mißtrauensvotum von vornherein hinfällig. (Lärm b. d. Komm.) Der Redner trug zahlreiche starke Bedenken gegen den Inhalt der neuen Notverordnung vor. Er beklagte vor allem die weitere Einführung der Sozialversicherung, die ungedröhte Steuererhöhung, die Beseitigung der Lohn- und Gehaltsempfänger, die Verfestigung der Lage der Kriegesbeschäftigten und die Art des vorgesehenen Beamtengehaltens. Nachdrücklich wies er hinzu darauf hin, daß die sozialdemokratischen Unternehmerrufen den beiden Klassen noch ganz anders mitteilen, alle Lärze und die Arbeitslosenversicherung völlig beseitigen wollen. Solche Tendenzen fördern die Sozialdemokratie nicht, sie bekämpfe sie vielmehr mit allem Nachdruck. Während die Kommunisten der Reaktion den Stößel hielten, damit sie in die preussische Regierung steigen kann, verteidigt die Sozialdemokratie in Preußen den Hort der Arbeiterrechte und der Republik, den letzten festen Schutzwall vor dem Bürgerkrieg.

Die Abstimmung über den Mißtrauensantrag findet verfassungsmäßig zwei Tage nach Schluß der Debatte, also am Donnerstag, statt.

Am Ansluß an die Debatte über das Mißtrauensvotum verabschiedete der Landtag in zweiter und dritter Lesung einen der sozialdemokratischen Initiatoren einbringenden Antrag des Hauptauschusses, den Gemeinden aus Staatsanleihenmitteln

60 Millionen für die Wohnfürsorgeverbände zur Verfügung zu stellen. Das ist der Gesamtbetrag, den der Staat aus der Rücklage der Beamtengehälter gewährt. Natürlich beantragten die Kommunisten, 250 Millionen zu geben; aber ein Zehntel der kommunikativen Abgeordneten Willenmehr stand offenherzig, daß sie nicht etwa das Geld haben oder wissen, wofür es zu nehmen wäre, sondern daß sie mit diesem Antrag „zur die Sozialdemokratie hinhin wollen“. Natürlich wurde der Antrag abgelehnt. Die 60 Millionen wurden auch in dritter Lesung bewilligt.

Der Freitag wird der Landtag mit kleineren Vorlagen ausfallen. Am Samstag wird er mit der Schlußabstimmung über den Kirchenvertrag und das Mißtrauensvotum seine Vantagung beenden.

Helden vom „Zwischenreich“.

Stahlhelm-Selbe und Oberleutnant a. D. Dürfer bekämpfen die Republik. — Unangenehmes Nachspiel vor dem Kabi. — Hohenzollernanwalt Coerling als Humorist.

Heute ist bemerkbar, daß nach diesen „marxistischen“ Worten recht angebracht erscheint.

Oberstaatsanwalt Köhler, der Ankläger, der nach Dürfer das Wort zum Plädoyer ergreift, erklärt, die Bestimmung der Anklage seien unangreifbar. Die Stahlhelmsführung, so betonte der Staatsanwalt, habe den Boden der (schönen) Kritik verlassen und die Staatsform, d. h. die Republik, in verächtlich gemacht. Herr Selbe und Dürfer bezeichnen in ihrem Artikel das Reich, die Republik als undeutsch. Sie haben sich damit selbst verflucht, den heutigen Staat einen kulturellen, stillosen und völligen Mist zu dem Vorwurf zu machen. Die Ueberlegung und die Besinnlichkeit können überhaupt nicht in Zweifel gezogen werden, da bei einem wohlbedachten Gedankenartikel Spontanität zum vornehmsten ausschließt. Es sei in jeder Beziehung überdenns- und verurteilenswert, wenn der politische Kampf derartige Formen annehme, die in keiner Beziehung mehr etwas mit sachlicher Kritik zu tun haben. Oberstaatsanwalt Köhler beantragte schließlich an Stelle einer an sich verurteilten Gefängnisstrafe von 2 Monaten, je 800 M. Geldstrafe für Selbe und Dürfer. Für den mitangeklagten verantwortlichen Redakteur des „Stahlhelms“ hielt er 400 M. Geldstrafe für angemessen.

An geradezu grotesken Gedankenprüngen erging sich der Verteidiger der Selben vom „Zwischenreich“ der deutsche Republik Herr Coerling. Er erklärte, daß Selbe und Dürfer bei ihrem famosen Gedankenartikel gar nicht die Republik im Auge gehabt hätten, sondern lediglich den Marxismus. Coerling schloß seine Verteidigungsrede mit den Worten: „Wenn hier bestraft werden soll, dann nur mit Gefängnis und nicht mit Geldstrafe, damit Deutschland weiß, wofür es gestraft ist.“

Woraus zu ersehen ist, daß selbst in dieser erlittenen Zeit der deutsche Humor noch die düstern Blitzen treibt!

Selbe und Dürfer wurden, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß anstelle einer an sich verurteilten Gefängnisstrafe von zwei Monaten zu einer Geldstrafe von je 800 M. verurteilt. Der mitangeklagte Redakteur des „Stahlhelms“, Kleinau, erhielt anstelle von drei Monaten Gefängnis eine Geldstrafe von 800 M. An der Begründung des Urteils führte Vordersichtspräsident Steinhaus u. a. aus, daß die Bezeichnung „undeutsch“ eine Verächtlichmachung und der schärfste Vorwurf sei, den man einem Staat überhaupt machen könne. Weiter könne man der Auffassung sein, daß die Republik in ihrer Noblesse schon viel zu lange schwere Kränkungen hingenommen habe.

Aus aller Welt

Brennender Flughafen. Der Maliner Flughafen, der größte Schiffsverkehr von einem Großhafen fast völlig vernichtet. Der ganze mittlere Teil der Flughafen trat aus. 11. a. verbrannte auch ein dreimonatiges Unterschlupfhaus.

Ein Todesurteil. Der 23jährige Widergeselle Pommitz wurde vom Obergericht Schwurgericht zum Tode verurteilt. Pommitz hatte eine Reitergewehr ermordet, mit deren Tod er ein Verhältnis unterhielt. Die Mutter hatte die Freundschaft ihrer Tochter mißbilligt.

Bergmannsod. Ein Bergwerksrat hat sich auf der Rodrigoer Grube in der Nähe von Mexiko (Oberkalifornien) erdregnet. Durch Explosion von Grubenlampen wurden zwei Bergleute getötet. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht geklärt. Die Himmelle in Spanien. Spanien wird gegenwärtig von einer furchtbaren Himmelle heimgesucht. Schon seit drei Tagen zeigt das Thermometer in Sevilla über 40 Grad. In Madrid wurden am Donnerstag ebenfalls 40 Grad erreicht. Während der Nacht tritt dann eine Abkühlung ein.

Aus Versehen erschossen.



Guillermo Orly Rubio,

der 18jährige Sohn des mexicanischen Präsidenten, und sein Freund Gomez wurden auf der Heimfahrt von ihrer Schule der Kanlas (USA) von einem Freizeitschützen erschossen, als sie der Aufforderung anzuhalten, nicht nachkamen.

Die Elektro-Stenotypistin.

Das elektrische Vorurtheil im Patentamt.

Der Augsburger Ingenieur Hermann Tiefenbacher hat die elektrische Stenotypistin erfunden. Noch hat sie ihren Siegeszug durch die Welt der Biros nicht angetreten; noch schlammert sie in den Regalen des Reichspatentamtes zwischen dem automatischen Sappelnkopf und dem leuchtenden Radiotopf. Dem Erfinder fehlt das Kapital, um seine komplizierte und kostspielige Apparatur fernwiegend herzustellen.

In unserer Zeit unersättlicher Techniker-Sensationen darf die Konstitution dieses Apparates nicht allzu großes Erstaunen hervorrufen. Wir empfehlen es als Selbstverständlichkeit, daß ein Mikrophon das gesprochene Wort aufnimmt, ein Sender es in unsichtbare Wellen umsetzt, ein Lautsprecher es Laufende von Kilometer entfernt wieder in Schall verwandelt. Nicht viel anderes arbeitet die Maschine Tiefenbachers. Das gesprochene Wort setzt sich in elektrische Schwingungen um, die je nach ihrer Art bestimmte Kontakte auslösen. Dieses Kontakte wirken auf eine normale Schreibmaschinenart. Das heißt, ganz normal ist sie nicht. Denn es wird eine Unmöglichkeit bleiben, ohne jeden Wechsel die normalsten Zeichen der Orthographie abzugeben, an denen ja die deutsche Sprache so reich ist. Sie schreibt, wie man spricht, ohne große Anfangsbuchstaben, ohne Interpunktionen und rechtschreibliche Feinheiten — also etwa im Stile eines Telegramms. Zudem erscheint natürlich jede Lautschwankung als Fehler auf dem Papier; mer also nicht imstande ist, sein Diktat im reinsten Hochdeutschen, mit höfemäßiger Aussprache vorzutragen, wird sein blaues Wunder erleben. Es gibt ja kaum einen Menschen, der dialektfrei spricht; wie ein föderischer Esel wird sich die Elektro-Stenotypistin, die vielleicht das Augsburger Schwäbisch ihres Erfinders „gemindert“ ist, im Mundart eines fischischen oder rheinischen Chens fröhnen. Es wird also nichts anderes übrig bleiben, als die Arbeit dieser Maschine nochmals abzuändern und sie Orthographie übertragen zu lassen — und zwar von einer ersten lebenden Stenotypistin. Dabei wäre aber kaum etwas gespart, ganz abgesehen von den ungeheuren Anschaffungskosten dieser Apparatur.

Wenn der Maschine Tiefenbachers überhaupt Bedeutung beigemessen werden muß, dann als automatische Stenograph in Parlamenten und Versammlungen, wo es darauf ankommt, daß kein Wort verfliegen und kein Zwischenruf ausgelassen wird. Man wird allen Möglichkeiten einer öffentlichen Aussprache vorzuziehen folgen können, ohne daß die Redner, wie es so oft vorkommt, einen wichtigen Satz hinterher nicht mehr wahr haben wollen und dem Stenographen einen „Hörfehler“ untergeschoben.

Wer hat die Zahnbürste erfunden? Die Zahnbürste, die für ein Zivilisationsmerkmal gilt, ist in ihrer heutigen Form erst 180 Jahre alt. Vorher benutzten die Menschen primitivere Werkzeuge zur Zahreinigung. Diese Zahnleiste geht aus einer Zusammenstellung des Journals der englischen Handelskammer hervor, daß die ältesten Londoner Firmen aufzählten. Erstlich dieser Firmen können ihren Ursprung bis ins 17. Jahrhundert zurückverfolgen. 600 sind 100 und mehr Jahre alt. Zu diesen letzteren Firmen gehört auch die von W. W. & Co., die noch heute Zahnbürsten herstellt. Der Gründer der Gesellschaft, W. W. & Co., erlangte im Jahre 1780 die Zahnbürste, indem er einige Bänder in einer Knochenrohre, Haare von einer Substanz abschneidete und sie in die Bänder legte. Damit reinigte er sich trefflich seine Zähne. Später vervollständigte er diesen Gebrauchsgegenstand und begründete damit eine neue Industrie.

Zahnreinigung. Am Donnerstagnachmittag zwischen 4 und 5 Uhr trafen in der Nähe von Quicksborn (Pfalz) ein aus Altona kommender Triebwagen und ein aus Neumünster kommender Güterzug mit großer Gewalt zusammen. 16 Personen wurden schwer, 10 leicht verletzt. Der Vorderteil des Triebwagens, der vollständig getrimmert ist, wurde bei dem Zusammenstoß wie ein Streichholzstängel zusammengebrochen. Bei mehreren Verunglückten sind die Verletzungen derart, daß an ihrem Wiederaufkommen gezweifelt werden muß. Unter ihnen befindet sich auch der Führer des Triebwagens. Die Mehrzahl der Verunglückten erlitten innere Verletzungen und Knochenbrüche. Viele der Verletzten sind schwer verletzt und müssen heraufgeholt werden. Die Verunglückten erlitten sofort einen Hüftgenuß an die Unfallstelle. Das Unglück ereignete sich auf einer eingleisigen Strecke. Ueber seine Ursachen herrscht vorläufig noch Unklarheit.

Banditenüberfall auf eine Bank. In Jerten bei Neukinghausen wurde die Kreisbankentendelle von einem Räuber überfallen, dem der gesamte Barbestand in Höhe von 1800 Mark in die Hände fiel. An der Bank, in der nur ein Angestellter den Dienst versah, erschien ein elegant gekleideter Herr, der vorab, Oben wechselte zu wollen. Als sich der Angestellte erhob, zog der Fremde plötzlich einen Revolver und zwang den Bankangestellten mit drohender Waffe, ihm den gesamten Inhalt der Kasse auszuliefern. Nachdem der Räuber das Geld erhalten hatte, schloß er den Lagerstollen ein und verschwand. Von dem Täter fehlt bisher jede Spur.

Baufalltrophe in Polen. Beim Umbau eines dreiflügeligen Gebäudes in Lodz, das für Militärzwecke hergerichtet werden sollte, wurden die alten Deden und Fußböden abgetragen. Plötzlich brach eine abgestoßene Decke im dritten Stockwerk ein und schlug durch die übrigen Geschosse hindurch, wobei sämtliche Anwohner bis zum Parterre mit großem Getöse einfielen. 14 Bauarbeiter wurden unter den Trümmern begraben; fünf mußten mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus überführt werden.

Auch mal was Lustiges.

Aus den Geheimnissen eines Flohziirkusdirektors.

Jaod auf den Menschenloß.

Jedemwer hätte das Gerücht aufgehört: es gebe keine Menschlichkeit mehr, eine Best hätte unter ihnen gewüßt und sie dahingerafft. Der gelehrte Professor, den mir darüber befragten, konnte uns keine Auskunft geben. Wirklich sagte er, weiß man draußen im höchsten Norden Berlins Bescheid, im Vergnügungspark Schönholz, wo sich ein Flohziirkus niedergelassen hat? Gleich am Eingang des Kuppelplatzes steht die kleine Bude. Treten Sie ein, meine Herrschaften, das müssen Sie gesehen haben, das müssen Sie Ihren Kindern zeigen, das ist ein unvergesslicher Eindruck für das ganze Leben! Sie sehen die kleinen Künstler als Sellänger, als Akteure und Ballettisten. Verfümmern Sie nicht dieses Wunderwerk der Dresfuer! Zwanzig Pfennige Eintritt, Kinder die Hälfte! Herr Zirkusdirektor Zolla aus Hamburg steht persönlich am Eingang und hält der tausendfachen Menge seinen Vortrag, während die Frau Direktor hinter der Kasse schon eifrig die Billette zücht.

Die sechspännige Flohstulle.

Wir treten ein und sehen uns in Erwartung der kommenden Dinge auf die plüschbezogene Bank, die im Halbkreis einen Tisch mit weißer Papierbede umgibt. Die Manne, Frau Direktor Zolla eröffnet die Vorstellung. Sie zeigt, wie man dem Floh zu Beginn seiner Künstlerlaufbahn das Spritzen abgibt, indem man ihm eine Kette aus feinstem Draht um den Hals löst und ihm dazu mit ein Gefäß festsetzt. Dann hält sie aus einer Schachtel eine winzige Kalesche, bespannt mit 4 Böden, die sofort das Gefäß über das Papier zu ziehen bringen. Eine sechspännige Kalesche folgt. Dann wird ein kleines Karulllel vorgeführt, getreht von einem besonders hertlich gebauten Floh. Ein anderer „Kalesche“ fällt unten an einem Seil durch die Luft; wieder einer balanciert nachhaltig eine große Papierstange zwischen den sechs Beinen und hält sie in fähiger Bewegung. Es folgt das Ballet der Flohbanden, die unter bunten Papierflügeln lustig herumzufliegen beginnen. Den Schluß der Vorstellung bildet die Filterierung. Frau Direktor legt einen Floh auf den Arm und läßt ihn ruhig laugen, ohne „Mut“ zu schreien, wie es ein gewöhnliche Floh weniger abgehärteter Zeitgenosse sicherlich tun würde. . . .

Interview mit dem Melker.

Nachdem uns Frau Direktor mit der Bitte um gütige Weiterempfehlung entlassen hat, benutzen wir die Pause bis zur nächsten Vorstellung, um Herrn Flohziirkusdirektor Zolla zu interviewen. „Sie wollen wissen, ob es noch Menschlichkeit gibt? Aber gewiß doch. Da hat man ihnen einen Bären aufgebunden. Allerdings — sie sind heute leutener als früher. Die guten alten Zeiten, wo jeder mal gelegentlich einen Floh hatte — die sind vorbei. Die Hygiene macht riesige Fortschritte, und ich muß mich oft antretzen, um genügend Flohmateriale zu bekommen. Ich kann nur Menschen

schöpfen gebrauchen; zwar hat jedes Tier seinen Floh, aber alle diese Arten sind für mich ungeeignet. Der Menschloß ist eben der intelligentste. Wo ich sie herbeekomme? Ich laufe sie in jeder Stadt, in die ich komme, habe ich meine Unterfächer, die mir schon die „Ware“ bereithalten, wenn ich eintreffe. Ich zähle pro Floh zehn Pfennig. Natürlich ist nicht jeder Neuling für die Zirkuslaufbahn geeignet; das zeigt sich gleich beim Beginn der Dresfuer.

Die „Amme“ der Sechspännigen.

Die Dresfuer dauert sieben Wochen; der Floh selbst lebt etwa acht Monate. Jeder Floh, den ich herbeikomme, wird erst angebunden, damit er nicht ausweichen kann. Ich löschne ihm eine dünne Drahtschlinge um den Hals, an der er Zeit seines Lebens befestigt bleibt. Wie dieses Anbinden geschieht? Früher habe ich dazu eine Lupe gebraucht, jetzt kann ich es mit bloßen Augen bewerkstelligen: rud-zud — erledigt! Nein, erlitten kann der Floh nicht, auch wenn man die Schlinge unwirksam hinreißt; er atmet ja nicht durch den Hals, sondern hat seine Atmungsöffnungen an der Seite. Nur die Nahrung nimmt er durch den Hals zu sich. Die Wahlzeiten — ja, die nehmen meine Konventionen bei mir ein! Ich lasse sie mit auf den Arm, und dann trinken sie. Natürlich habe ich den ganzen Karm voller Flohflöhe; aber man gemüßt sich daran, mein Herr. Es gehört eben zum Geschäft, nicht wahr? Flohe, die arbeiten, bekommen zweimal täglich zu trinken, die anderen nur einmal. Zurzeit habe ich fünfzig Stück hier. . . .

Der internationale Flohkonferenz.

„Kein Besucher braucht hier Angst zu haben, daß er einen von meinen Kriffen wider Willen mit nach Hause nimmt. Sie sind ja alle angebunden und können nicht hüpfen. Und Eier legen sie bei mir nicht, dafür lasse ich schon. Aber damit Sie einen Begriff bekommen: dies hier ist eigentlich nur eine Füllde meines Unternehmens — das Hauptgeschäft befindet sich in England! Auf dem großen Vergnügungspark von Walsby bei Liverpool habe ich die ganze Sechspännigen lang eine große Bude unter Leitung meines Mitarbeiter „Professor“ Wronker aus Frankfurt. Es ist fast wälen Jahren der erste Flohziirkus, der in England zu sehen ist! Gestern habe ich wieder eine Kiste Flohe hinübergeschickt, flehzig Stück, die ich hier befestigen werde. Natürlich nicht mit Bohm und Dampfer, das würde zu lange dauern, und schließlich kann man vom Automotoführer und vom Kapitän nicht verlangen, daß er den Flohen untermwegs zu trinken gibt. Ich habe sie also mit dem Flugzeug hinübergeschickt, da sind sie nur einen halben Tag untermwegs. Sie sehen, mein Unternehmen arbeitet nach den modernsten Methoden!“

Man kann noch nie aus. Wer müßte denn hierzulande, daß Deutschland als besondere Spezialität Flohe ausführt, garantiert „Made in Germany“? Aber Direktor Zolla hat uns eines Besseren belehrt. —

Ein großer Physiker.

Zum 100jährigen Geburtstag Nagwells.



James Clerk Maxwell,

einer der größten Physiker des 19. Jahrhunderts, wurde vor 100 Jahren, am 13. Juni 1831, in Edinburgh (Schottland) geboren. Maxwell gab Faradays Elektrizitätslehre mathematischen Ausdruck und schuf so die Faraday-Maxwell'sche Theorie. Auch seine Arbeiten über die Wärme- und Gastheorie wirkten bahnbrechend.

Frühjahrspreis der Berliner Akademie.



Max Pfeiffer-Waterpöhl,

ein aus Essen gebürtiger Maler, dem der Frühjahrspreis der Preussischen Akademie der Künste in Berlin zuerkannt wurde.

Sich selbst gerichtet! In Weissenhof bei Fürtch hatte in der Nacht zum Montag der 25. Jahre alte Metzger Hans Stehger auf dem Heimgang von der Kirchweg des Gütergüter Ludwig Werner und dessen Braut aus Ebersdorf erschossen. Am Donnerstag fand man den Mörder erschossen vor einem Tisch auf. Wie die Untersuchung ergab, hat er sich selbst gerichtet. „38“ war die Unterschrift des Täters, ist am Donnerstag früh nach London gefahren, wo es gegen 11 Uhr dortmorgens landete. Kurze Zeit darauf floh die Maschine nach Amsterdam.

„Ins Meer gelüßt. Das französische U-Boot „Leon Nignon“ wurde im Hafen von Bresl, gegenüber von Fort Ringana, von einer mächtigen Sturmsee erfaßt, die einen Quartiermeister und einen Mesanger über Bord spülte. Der Mesanger wurde noch lebend geborgen, ist aber vor Erschöpfung gestorben. Die Leiche des Quartiermeisters konnte noch nicht gefunden werden.

Gemeingefährlicher Patient. Nach einer Mitteilung der Kriminal-Abteilung suchte in Chemnitz am 11. Juni, dortmorgens gegen 9 Uhr, der Bergwälder Johann Kopschitz, 46 Jahre alt, aus Prieber-Witzschitz, den Arzt Dr. med. R. in Lugau auf und legte sich in das Sprechzimmer. Als der Arzt das Sprechzimmer betrat, schoß Kopschitz auf den Arzt und traf ihn in die linke Seitengegend. Anfolge der eingetretenen Panik unter dem Personal und den noch anwesenden Patienten gelang es Kopschitz, zu entkommen. Es gelang aber der Polizei, ihn unweit des Latorets festzunehmen. Dem Arzt mußte das Geschloß auf operativem Wege entfernt werden. Kopschitz will auf den Arzt geschossen haben, um ihn eins auszumischen, weil er ihn nicht nach seinen Wünschen be-handelte.

Ein Konjul unterstellt Mädchenhandel. Einer Reutemenge aus Montevideo zufolge wurde dort der bolivianische Konjul Eugen Gorgorolo verhaftet. Der Konjul wird beschuldigt, notorisch Mädchenhändlern, die aus Argentinien ausgewandert waren, bolivianische Pässe ausgestellt und auf diese Weise ihre Rückkehr nach Argentinien ermöglicht zu haben.

Lezte Nachrichten

(Eigene Send- und Drahtberichte)

„Ein härteres Kabinett Brining.“

Berlin, 12. Juni. (E.) Die schwerindustrielle Deutsche Allgemeine Zeitung legt den Vorschlag der Volkspartei, falls es geschehen könnte, dahin aus, daß die Volkspartei den Rücktritt des gegenwärtigen Kabinetts Brining will, angeblich, um so die Berufung eines härteren Kabinetts Brining zu ermöglichen. Die Berufung dieses härteren Kabinetts ist eben das Direktorium, wie es sich die Schwerindustrie vorstellt.

Reisereisen in Berlin.

Berlin, 12. Juni. (E.) Am Donnerstagnachmittag kam es nach einer kommunislichen Kundgebung im Sportplatz an verschiedenen Stellen zu kleineren Zusammenrottungen, die jedoch von der Polizei ohne besondere Schwierigkeiten aufgelöst werden konnten. Ansgewesen wurden 23 Personen wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anweisungen zwangsgewahrt. Von „schweren Ausfreitungen“ in der Potsdamerstraße, wie sie heute ein Teil der bürgerlichen Presse medelt, ist der Berliner Polizei nichts bekannt.

Zyflon über Adelaide.

London, 12. Juni. (E.) Der nördliche Teil von Adelaide (Südauftrafen) wurde am Donnerstagnachmittag von einem Zyflon heimgesucht. Viele Häuser und öffentliche Gebäude sind zerstört worden. Der Zyflon, dessen Geleise meilenweit zu hören war, lief dicht neben einem Kinderertränkungsbau vorbei und vertiefte sich auf dem Gelände der St. Peters-Schule.

Sack und Farbe vermehrt haltbarheit Schönheit u. Wert Ihres Eigentums

Lassen Sie sich helfen in beraten durch die **Drogenhandlung Otto Henicke** Spezial-Farbenhandlung halbersstadt, Coblenz 9. *Überbeobachtung mit Maschinenbetrieb*

LICHTSCHAU LSH SPIELHAUS
Spiegelstr. 7-8 Fernruf 1858

Heute (Freitag) zum letzten Male:
Der falsche Feldmarschall

Ab Sonnabend und folgende Tage!
Wochentags: 4.30, 6.40, 8.45
Sonntags: 3, 5, 7 und 9 Uhr

Die beste deutsche
Tonfilm-Operette:

Die Faschingsfee



Diese köstliche Operette führt die Besucher in das lustige, frohliche Faschingsstreben hinein und bringt reizende Überraschungen, herrliche Musik, glänzende Aufmachung, lachhaftes Spiel und beste Stimmung. Kurz

Ein ganz großer Schlager!

Emmerich Kalman der geniale Komponist sorgte für tolle, stündende Operetten-Schlager

Die Lieblinge des Publikums sind in den führenden Rollen besetzt und sorgen für Heiterkeit und Stimmung u.a.

Anni Ahlers - Ernst Verbech
Harry Halm - Julius Falkenstein
Walter Jansen - Szöke Szakall

Dazu:
Ein gutes, reichhaltiges Beiprogramm

WARTBURG

Montag, den 15. Juni
Beginn der regelmäßigen

Kinder-Feste



Musik-Verein „Ergo“

Gommernachtsball

findet am Sonnabend, den 13. Juni 1931, abends 8.30 Uhr, im herrlich dekorierten Saale der „Sternmarke“ statt.
Der Verein vereint mit Musik mit seinen Mitgliedern und Gästen 8.30 Uhr ab Spielbeginn, eine Schatzkammer nach der Sternmarke.
Der Vorstand:
2 Kapellen: Streichmusik. — Blasmusik.

Volstermöbel

Anfertigung hässlicher Volstermöbel
Aufarbeiten, Modernisieren
fordern Sie Preis-Angebote

Volker E. Bernhagen

Hoheweg 4 Hoheweg 4

Tapeten, Farben, Lade

Schmuckcreide, Giftfarben, Feinschwarz,
sowie alle Dekorations-Artikel, etc.,
garantiert rein, 100% Fein, lauten Sie
bitte an:

Billi Behrens, jetzt Hoheweg 47.

Reichs-Arbeiter-Sportwoche

vom 7. bis 14. Juni 1931
veranstaltet vom

Arbeiter-Sportkartell Halberstadt

Heute Freitag, den 12. Juni:

Groß-Operetten-Abend
im „Rivoli“, ausgeführt vom Arb.-Theater-Bund, Orstrg. Halberstadt
„Faschings-Liebe“
Operette in 3 Akten von F. A. Bitter.
Spiel-u. musikal. Leitung Alb. Thiene
Eintrittspreise 60 u. 20 Pf., Kasseneröffnung 7, Anfang 8, Ende 11 $\frac{1}{2}$ Uhr

Sonntag, den 14. Juni:

9 Uhr: Wettkämpfe der freien Kegel auf den Bahnen im Harmonie-Bestuur.
Auf dem Burdardlanger:
Leichtathletische Wettkämpfe
18.30 Uhr: Auftreten auf dem Donplatz zum Umzug 5. d. Stadt, Abmarsch 14 Uhr
Von 16 Uhr ab: Auf dem Burdardlanger - Massen-Reigen der Arbeiter-Skafahrer und Exaktsportler - Freiwürfen der Turner und Schwimmer - Fuß- und Handballspiele - Ring- u. Boxkämpfe
Ab 19 Uhr: **Fest- und Abschlussspiel** im „Odium“.
March- und Tanzmusik stellen die vereinigten freistehenden Berufsmusiker des Arbeiter-Sportkartells

Hierzu laden wir frdl. ein Der Kartellvorstand.

Deutscher Freidenker-Verband Halberstadt.

Am Freitag, den 12. Juni, abends 8 Uhr, findet im Gemeindefestsaal unsere

Mitglieder-Versammlung

statt. Referent: Reinhardt, Magdeburg.

Tagesordnung:
1. Vortrag: „Der Umsturz auf den Freidenker-Verband durch die Rotverordnungen“. 2. Sachverhalt. 3. Mitteilungen. Der Vorstand.

Mk Knickerbocker Anzughosen Mantelhemden Strabmännel

Mk Kinder-Anzüge Lüster-Jacken Tiroler-Jacken Maurerweifen

Mk Kind-Ladenmäntel Strick-Anzüge Impr-Windjacken Hamburger- Arbeitshosen

Mk Eleg. Rollhosen ohne Mantel od. Larabreechi Kammgarthen Ladenjoppen Kellnerhosen Lüster-Jacken Tennishosen

Mk Eleg. Hosens aller Art Knaben-sport-Anzüge Kinder-Mäntel

Mk 1a Wind-Jacken etc.

Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H. über Epa

Naturheil-Berein Halberstadt

Am Sonntag, den 14. Juni 1931, findet im Heim eine

Versammlung

statt. Tagesordnung: Anfang 5 Uhr, 1. Wiedereröffnung, 2. Statuten neuer Mitglieder, 3. Jahresbericht am 4. Juli, 4. Kinder- und Sommerfest, 5. Gesundheitsangelegenheiten, 6. Bericht über den Umsturz der Rotverordnungen. Um zahlreichere Beteiligung bitten
Der Vorstand.

Schnell zu Strobach laufen, noch ein Glückslos kaufen, zur Magd. Pferde-Lotterie für Mk. 1.00

Hauptziehung: 22-23 Juni
Kühlingerstr. 3
Ecke Weingarten

Wäbbelpolitur

Gustav Fuhl
Damen- und Herren-Salon
Begeleitstraße 92.

Zwangsverfeigerung.

Im Wege der Zwangsverfeigerung soll das Hausgrundstück des Kaufmanns Franz Weber in Hilsenburg, Wäbbelstraße 64, mit Hofraum und Regen-Lichthaus und 500 Markt Aushausbrot (1910),

am 22. August 1931, 10 Uhr
an der Gerichtsstelle an der Brodenbahn Nr. 8, Zimmer Nr. 13, versteigert werden. Bietern haben im Termin mit Einheitsbestellung in Höhe von 10% des abgetriebenen Wertes zu rechnen.

Wernigerode, den 6. Juni 1931.
Das Amtsgericht.

Wegen Neuschüttungsarbeiten

wird die Chauffee von Wernigerode nach Ilfenburg vom 15. bis 31. Juni ab weiteres für allen Verkehr gesperrt. Umleitung über Schmalzfeld-Bodenfeld.
Wernigerode, den 9. Juni 1931.
Die Polizeiverwaltung, Dr. Goppel.

Feuerwehrverband des Kreises Grafschaft Wernigerode.

Für Kameraden und Frauen
Auto-Verbindung
zur Teilnahme an Verbandstest (14. 6. 31 in Wasserleben), Abfahrt 9.16 Uhr vom Nicolaiplatz. Hin- und Rückfahrt nur 1.00 Mark.
Anmeldung an
Brandmeister Schilling, Plennitzstraße
Der Vorstand.

Waldhöhle

Heute 4 Uhr
Die Nibelungen
Karten 3/25 u. 1.00 Mk.
Jugendliche 0.50 Mk.

Freibank

Sonnabend 9 Uhr:
Schweinefleisch.

Wo viele kaufen, sollten Sie nicht fehlen!

5% Rabatt auf alle Waren!

FF. ger. fetter Speck . . . 1 Pfund nur 68 Pfg.
Limburger Stangen . . . 1 Pfund nur 36 Pfg.
Schweizerkäse . . . 1/4 Pfund nur 32 Pfg.
FF. Plockwurst . . . 1/4 Pfund nur 35 Pfg.
Oelsardinen, Leviathan . . . Dose nur 38 Pfg.
Adler Stempel-Eier B . . . 10 Stück nur 83 Pfg.
Adler Stempel-Eier C . . . 10 Stück nur 74 Pfg.

Die kleinen D-Eier führen wir nicht!
FF. Speise-Tafel-Oel . . . 1 Pfund nur 40 Pfg.

Das billige Soy-Oel führen wir nicht!
Butterbrot-Papier 4 Rollen, je 60 Bl. 50 Pfg.
Buch-Makaroni . . . 1 Pfund nur 38 Pfg.
Hartweizengrieß . . . 1 Pfund nur 28 Pfg.

Reis . . . 1 Pfund nur 34, 28, 24, 16, 14 Pfg.
Mischobst, hochrein . . . 1 Pfund nur 62, 50 Pfg.
Kaff. Pflaumen 1 Pfd. nur 54, 48, 34, 28 Pfg.

Erdnüsse, geröstet . . . 1 Pfund nur 40 Pfg.
Block-Schokolade . . . 500 gr nur 83 Pfg.
Vanille-Waffeln . . . 1/4 Pfund nur 15 Pfg.

Rekord-Waffel-Schnitte . . . 1/4 Pfund nur 20 Pfg.
Kakao-Creme-Waffeln . . . 1/4 Pfund nur 20 Pfg.
Falter Röstkaffee 1/4 Pfd. 95, 85, 75 Pfg.

Oetker-Konfitüren in 1 Pfund-Gläsern
Pflaumen 85 Pfg. **Apfelkosen** 90 Pfg.
Orangen 100 Pfg. **Himbeer** 110 Pfg.

Bienenhonig ca. 1 Pfund-Glas nur 130 Pfg.
Pflaumen-Mus, delikat . . . 1 Pfund nur 30 Pfg.
2 Pfund-Spieleimer nur 72 Pfg.

Apfelsaft, flüssiges Obst . . . 1 Fl. nur 100 Pfg.
Apfelsaft ist gesund und sehr erfrischend!
Opekta, große Flasche 170 Pfg., kl. Flasche 95 Pfg.
Allerf. schwere Maties . . . 1 Stück nur 18 Pfg.

Naverma

verbilligt Ihren Lebensunterhalt durch niedrige Preise für gute Waren!

Schuhstraße 22, Dominikanerstraße 10, Holzmarkt 17, Kühlingerstr. 13, Hoheweg 47, Bakenstr. 55, Steinstr. 5.



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ORTSGRUPPE THALE.

Sonnabend, den 13. Juni, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Restaurant Steinbachtal“

Begrüßungs-Abend

anlässlich des KREISFESTES

Sonntag 2 Uhr: **Demonstration** mit anschließender **Weihede der Ebersteine** im „Korhauspark“

Ab 4 Uhr **Tanz**. Festbeitrag für beide Tage 30 Pfg.
Die gesamte Einwohnerschaft ist herzlich eingeladen. **Der Vorstand.**

Wernigerode



- Flomen Pfd. -.60
- Flomenschnitz . . . Pfd. -.70
- Grebenschnitz . . . Pfd. -.65
- Bratenschnitz . . . Pfd. -.35
- Eiseln mit Photo . . . Pfd. -.45
- dto. ohne Photo . . . Pfd. -.60
- Bauchspeck mit Rippe Pfd. -.80
- dto. ohne Rippe Pfd. 1.10

Wirschaften von inländische Schweine u. Großvieh von aus gesucht! Bester Qualität auf dem Stadt-Schlachthof Hannover.

Filiale Burgstraße 12

Tel. 2609 Tel. 2609

Druckmaschinen liefert Garzer Volksstimme

Parteitag — Notverordnung.

Die Halberstädter Sozialdemokratie zum Bericht vom Leipziger Parteitag.

18. Halberstadt, 11. Juni.

Die Sozialdemokraten Halberstadts nahmen getrennt in einer außerordentlich lebhaften Versammlung Stellung zum Parteitag und zu der inzwischen veröffentlichten Notverordnung der Regierung. Die Diskussion zeigte deutlich die Verbitterung, die diese Notverordnung in den Reihen der Arbeiterschaft, die mehr als je zuvor auf ihre Rechte bedacht werden soll, hervorgerufen hat. Mehr und mehr zeigte sich aber auch der geschlossene Wille unserer Parteigenossenchaft, zusammenzutreten und mit der Loterierungspolitik Schritt zu machen, wenn diese Notverordnung in ihrer unangenehmen Form aufrecht erhalten werden sollte. In dieser Beziehung gab es keine Meinungsverschiedenheiten. Die Genossen, welche bisher stets hinter der Mehrheitsmeinung standen und auch die, welche die Grenze der Loterierungspolitik schon vor längerer Zeit für überschritten hielten und deshalb in Opposition traten, fanden geschlossen zusammen und betunden, daß sie vom Ende der Loterierungspolitik zwar keine Befreiung erwarteten, sondern sich klar seien, daß noch Schlimmeres komme, aber man sei im Interesse der Partei gezwungen, an diesen Punkt die Unterstützung Brinnings einzuflechten. Mögen auch noch schwerere Zeiten kommen, alles werde hinter den gemäßigten Führern stehen.

Zu Anfang der Versammlung gedachte Gen. Wille der Verborkenen unserer Partei. Eine Reihe alter Parteigenossen und Parteigenossinnen, die in jahrelanger Kleinarbeit für die Idee des Sozialismus gearbeitet, habe der Schmittler Tod dahingerafft. Die Gedanken der verstorbenen Genossinnen Wittbauer, Brühse und Galsch sowie der Genossen Köhler, Geborn, Rinne und Spilhaber ebnete die Versammlung durch Ergehen von den Plänen. Darauf nahm Genosse Schmittler das Wort zu seinem

Bericht vom Parteitag.

Gen. Schmittler hat nach die Ergebnisse in Leipzig in trüblicher Erinnerung. Vor allem können in ihm noch die gemäßigten Massenaufrufe nach, die am Tage der Eröffnung des Parteitages stattfanden. Vor allem sei die starke Beteiligung der Jugend festzuhalten. 20 000 Jugendliche hätten allein am Vorabend der Parteitags-eröffnung für die Idee des Sozialismus demonstriert. Und dann erst die unbefriedigten Massen auf dem Platz selbst. Man habe mit einer solchen Beteiligung nicht gerechnet. Als die Feier beendet war, seien die letzten noch nicht aufmarschiert gewesen. Nachbezug, das man für den Höhepunkt hielt, sei weit in den Schatten getreten. Auch die Sponsoren markierten in großen Massen im Zuge. Selbst Leipziger bürgerliche Blätter seien zum ersten Male angegriffen gewesen. Die Leipziger Journalisten Nachrichten hätten von dieser Demonstration als von der „ahren Volksparade“ gesprochen, weil alle Stände im Demonstrationzug vertreten gewesen seien. Die Sozialdemokratie sei keine Partei die auf dem Aussterben stehe. Die Sozialdemokratie sei aber auch keine verregnete Partei, denn das jugendliche Element sei in ihr besonders stark. Dann ging Gen. Schmittler auf die Tagung selbst ein. Er schilderte nochmals kurz die Rede des Gen. Wels, der das hohe Ziel vom Funktionär erfüllen ließ. Mit Freuden sei auch das Vertrauen festzustellen, daß die ausländischen Genossen in die deutsche Sozialdemokratie setzten, in dem sie hoffen, daß diese der Gefahren Herr werde. Mit besonderem Nachdruck verweise er auch auf die ausgesprochene Rede Tarnow über Wirtschaftsanarchie, die ein Messermetzler der Retektor war. Er habe gezeigt, daß die Massen bei gestillten Scheitern verunglimpfen müßten. Der Kapitalismus verlege. Gen. Tarnow hätte auch klar nachgewiesen, daß die Massen über die falsche Lage der Wirtschaft nicht ganz stimmen könnten. Die Rede dürfe auch nicht im Dienste der Produktionsmittelhaber, sondern der gesamten Menschheit stehen. Daher dürften wir uns auch nicht gegen ein Nationalisierung wenden. Die Produktion müßte aber in der Hand des Volkes gelegt werden. Auch auf Brechtels Referat, der sich über den Faschismus verbreitete und Schumanns Tätigkeitsbericht über die Reichstagsfraktion ging Gen. Schmittler kurz ein. Auch er schloß sich der Mißbilligung des Verhaltens der 9 Genossen an, die die Reichstagsfraktionsdisziplin verletzt haben. Seinen Standpunkt bezüglich der Auflösung der Jungsozialisten legte Gen. Schmittler dar mit, daß er durchdringen ließ, die Jungsozialisten hätten die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Es läge auch nicht nur auf theoretische Bildung, sondern auf praktische Arbeit an. Die Jungsozialisten brauchen aber nicht zu denken, daß sie sich nicht entwickeln könnten. Der Parteivorstand werde die Richtlinien zusammen mit der Reichszentrale für sozialistische Bildung herausgeben, nach denen sich die jungen Genossen betätigen könnten. Er freute sich über den Bericht Westphals gewesen, der nachwies, daß trotz des Sinkens der Stimmzahl die Mitgliederzahl gestiegen sei. Der Stimmbericht wies aus, daß heute am 31. Dezember 1930 1 037 384 Mitglieder die Sozialdemokratische Partei bildeten, von denen 228 000 Frauen sind. Die Mitgliederzahl sei inzwischen wieder gewachsen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sei nicht gewachsen.

übertriffe, was man befürchte habe. Diese Notverordnung treffe lediglich die Arbeiterschaft. Die Loterierung der Reichsregierung werde unter diesen Umständen höchstwahrscheinlich nicht mehr aufrecht erhalten werden können. In diese beispiellose Parteifaktik sei notwendig gewesen. Wie hätten den großen Kampf in den wir nun vielleicht doch bald kommen würden, nicht um geringere Dinge willen herbeigeführt. Diese neue Notverordnung könne die Partei aber nicht ertragen und veranlassen. Ungeheuerlich sei vor allem der Leistungsabbau der Sozialversicherung. Die Opfer der Wirtschaft, die Arbeitslosen selbst, sollten die neuen Lasten tragen. 400 Millionen sollen durch Leistungsabbau eingepart werden. Die Unterhaltungsfrage würden zunächst ganz allgemein um 5 Prozent gekürzt und die Wartelöhne um 8 Tage verlängert. Suspendierte unter 21 Jahren wurden überhaupt aus dieser Versicherung hinausgeworfen. Ehefrauen, die Beiträge gezahlt hätten, sollten den Rechtsanspruch verlieren, wenn der Mann unterstellt wird. Hier solle auch in die Bedürftigkeitsprüfung eingetreten werden. Das, was wir als soziales Aufsehen, würde so zum Almosen herabgerückt. Bei Saisonarbeitern sei die Unterhaltungszeit von 26 auf 20 Wochen gekürzt. Die Krisensteuer für Lohnempfänger stelle gegenüber den Selbstveranlagten ein schreiendes Unrecht dar, wegen der verheerenden Belastung. Zu viel gekürzte Steuern könnten der Lohnempfänger nicht mehr zurückzahlen. Auch die Kürzung der Beamten, Angestellten- und Arbeiterlöhne, die sich vor allem für die Gemeinde- und Staatsarbeiter auswirke, sei unerträglich, vor allem auch das Verhalten den Tabakarbeitern gegenüber, denen man die Sonderunterstützung nahm, während die Unternehmer sie weiter erhalten. Ein Stempel sei vor allem auch die Kürzung der Kriegsbeschädigten-Renten. Rund 375 000 Kriegsbeschädigte würden davon betroffen, also fast die Hälfte der 800 000 betragenden Gesamtzahl. Vom Abbau der großen Pensionen sei aber nichts in der Notverordnung enthalten. Den Unternehmern würden durch die Notverordnung wieder ungeheure Mittel zur Verfügung gestellt für Arbeitsbeschäftigung. Das sei weiter nichts als eine schamlose Subvention der Schwerindustrie. Die freiwillige Arbeitsdienstpflicht wolle die Notverordnung einführen, eine Konzeption an die Nazis und den Stahlhelm. Die Verdoppelung der Zuckerversteuer um 10,50 % pro Zentner erschwere wieder die Lebenslage der Arbeiterschaft. Von einem industriellen Preis sei auch dann nicht mehr die Rede. Die Benzindarlehen erschweren die Einfuhr von Auslands, geben aber auch der heimischen Benzinindustrie die Möglichkeit der Preissteigerung. Die Bandenwirtschaft, die bisher kaum Steuern bezahle, erhalte den Lohn- und Gehaltsempfänger 225 % Steuern, der selbständige Gewerbetreibende 101,70 % und der Landwirt — 11 %. Dann sei in der Notverordnung die Rede davon, daß die 40-Stundenwoche in verschiedenen Berufen eingeführt werden solle, natürlich ohne jeden Lohnausgleich. Die Umsatzsteuer, mit der man manche Ungerechtigkeiten hätte ausgleichen können, habe man aber nicht erhöht. Also auch den Kleinrentnerbetrieblern mache man Konzeptionen, nur der Arbeiterschaft nicht. Deshalb unter Kampf gegen die Notverordnung. Wenn der Reichstag zusammenträte, müßten auch den Faschisten und seien gegen die Notverordnung, aber aus anderen Gründen als wir. Es wollten noch mehr Abbau des Lohnes und der Sozialversicherungen. Sie wünschten den Fortkriegszustand in der Sozialversicherung. Man müsse mit der Brüning-Regierung in Verhandlungen treten wegen Wahrung der Notverordnung. Wenn Brüning keine Konzeptionen mache, müßte er die Konsequenzen ziehen. Entweder folge dann Reichstagsauflösung oder die Diktatur. Besser es komme also auf keinen Fall. Ein schwerer Kampf stünde uns bestimmt dann noch bevor. Er müßte aber geführt werden mit der Befähigung der Partei. Der Sozialismus müßte und werde leben.

Die Diskussion

Eröffnete der Gen. Damp. Er behaupte die Auflösung der Jungsozialisten-Gruppen. Jedem Angehörigen fände das Recht der Verteidigung zu, die Jungsozialisten aber hätten auf dem Parteitag nicht diese Möglichkeit gehabt. Die vier jungen Genossen, die dort sprachen, seien nicht die Sprecher der Jungsozialisten gewesen. Es läge bald so aus, als wenn die Tätigkeit der Jungsozialisten parteischädigend gewesen sei. Bestimmend bei der Einschätzung der Jungsozialisten sei nicht die Zahl, sondern der Geist. Die Idee

der Jungsozialisten sei dem Parteivorstand nur nicht immer angenehm gewesen. Wenn die praktische Mitarbeit der Jungsozialisten nur in Flugblattverbreiten und Beitragsfällen bestände, könne man die Jugend nicht halten. Es wolle Veranwortung haben. Man habe noch vor zwei Jahren davon gesprochen, die Partei zu reorganisieren, um die Jugend mehr zur Partei kommen zu lassen. In Leipzig habe man davon nichts gehört. Die heilige Jungsozialistenfrage habe sich, gemäß dem Parteitagsschluß, aufgelöst. Auf die neuen Richtlinien lege man keinen Wert, denn die Jungsozialisten seien kein Bemutterungsverein. Man behaupte den Versuch, der nicht von Partei für die Partei wäre. — Die Genossin Thomas betonte die Notwendigkeit des neuen Blutes. Mehr Kampfgestalt müßte in unsere Partei und den habe die Jugend. Die Auflösung der Jungsozialisten stelle einen Schritt rückwärts dar. Gen. Wolf betonte die Wichtigkeit des Zarnow'schen Referats. Die älteren Genossen wären einmal jung gewesen und müßten, daß es bestünde ja die Kinderfreunde und die Arbeiterjugend. Die Jungsozialisten sollten auch im Schoße der Gesamtpartei weiter so arbeiten wie bisher. — Gen. Wernn erhofft von der Einführung der 40 Stundenwoche keine Neueinstellung von Arbeitsträgern, weil viele Industrien behaupteten, noch überflüssige Arbeitskräfte zu haben. — Gen. Weber behaupte ebenfalls die Auflösung der Jungsozialisten-Gruppen. Ebenso wie man Frauengruppen gestalte, weil die Frau eine andere Gefühlswelt habe, sei es auch mit den Jungsozialisten. Die Auflösung wäre auch nur erfolgt, weil die Gestaltung der Jungsozialisten nicht im allgemeinen Parteirammen läge. Die alten Genossen sollten den Jungsozialisten mehr Vertrauen entgegenbringen. Anfolge dieses Beschlusses würden sich viele alte Kräfte zurückziehen. Die Jugend habe zum politischen Fragekomplex anders als die ältere Generation und daß müßten die anderen Genossen auch verstehen. — Gen. Garlepp trat ebenfalls für die Jungsozialisten ein. Er meinte, daß diese mitunter eine viel gefährlichere Opposition betrieben als Genossen, die 25 Jahre in der Partei seien und marteie mit einem treffenden Beispiel auf. — Gen. Schröder wies den Vorwurf zurück, daß die älteren Genossen die Jüngeren nicht verstanden. Auch die Werbung müßte anders sein. Früher wurde man für die Jugend geworben. Die Verantwortung liege aber nun einmal in den Händen der erfahrenen Alten. — Die Gen. Thomas gab zu, daß sie natürlich davon überzeugt sei, daß es ohne unsere älteren Genossen nicht gehe. Zum Feuer gehöre eben auch eine Portion Beschaulichkeit. Wir müßten wegen der Notverordnung noch klarer werden und sagen, daß unter keinen Umständen weiter toleriert werden könnte. Die Partei lie in Gefahr. — Gen. Scharschmidt erlachte die Verdienste der alten Genossen an, die unter schweren Umständen für die Partei gearbeitet. Aber heute die unter schwierigen Umständen ebenso schwer. Früher wurde man für eine Partei, die gegen den Staat war. Jetzt stehen zu ihr die Inanspruchnahmen. Heute aber müßte unsere Partei manches machen, was der Masse nicht gefalle. Und da wäre es nicht leicht, für sie neue Kräfte zu werben. Er meinte auch die große Arbeitsarbeit hin, die die Jungsozialisten im Dienste der Partei geleistet hätten. — Gen. Dito behaupte, daß Gen. Zarnow in seinem ausgezeichneten Referat die Gemäßigtenbewegung fast vergessen habe. Gerade sie sei aber der Bindegang zum Sozialismus, ein Stück Wirtschaft von ihm. Konsequenz in der Theorie und Praxis müßte man sein. Darum dürften Arbeiter anders als im Konium laufen. — Gen. Franz Müller meinte, daß dann wenn unsere älteren Genossen nicht auch einmal jung gewesen wären, die Partei sicher nicht auf eine solchen Massenpartei geworden wäre. Darum solle man die heutige Jugend auch zu verstehen versuchen. — Gen. Zarnow betonte, daß neben der Kritik aber auch das Suchen nach neuen Wegen stehen müsse. Man solle nicht so einfach die Aufhebung der Loterierung verlangen. Das hätte mit der Maximalkritik Preußen. — Gen. Wegener zweifelte diese Maximalkritik in Preußen an, und führte das Kontorakt mit den evangelischen Kirchen als Beweis dafür an, daß wir nicht nur Partei sein, sondern auch ein veränderbar werden müssen. — Gen. Weber stellte fest, daß man nun doch den Weg gehen solle, den Evidenz vorgeschlagen habe. Man habe bisher zu viel Staatspolitik und zu wenig Klassenpolitik betrieben. In Zukunft werde die Partei mit den Gemäßigten enger zusammenarbeiten müssen. Man solle sich auch intensiver mit der Wirtschaft beschäftigen. — Gen. Dittmer hielt ebenfalls die Auflösung der Jungsozialisten für eine Diktatur, erfolge, weil ihre Ideologie dem Parteivorstand nicht gefalle. Dann sprach er zur Notverordnung und hob aus dieser die Bestimmung hervor, daß die Reichsanstalt ernannt werden solle, falls hätte es verändert werden müssen. Es sei zu befürchten, daß die Sache sich denn der Krisenfristge dann bald nähern würden. Genossin Brünning immer noch tragbarer als Hüter, aber Millionen gingen verloren, wenn wir noch weiter mitmachten. Wir müßten nun aber auch zum Endkampf bereit sein, der schwer, je schwerer sein werde. Wir müßten geschlossen hinter unsern Führern stehen und erst recht wenn es gegen eine falsche Diktatur gäbe.

Gen. Wille ging dann auf einige persönliche Redereien ein und gab eine Richtungsweisung über Gerüchte von ungetreuen Gemäßigtenangehörigen.

In seinem Schlußwort

erwähnte Gen. Schmittler, daß die Jungsozialisten sich nicht abschließen sollten, darum sei die Auflösung erfolgt. Sie sollten nicht neben der Gesamtpartei stehen, sondern mitunter. Kritik sei immer gesund und die Jugend wolle und dürfe man nicht unterbinden. Die alten und die jungen Genossen müßten sich gegenseitig ergänzen. Genossin Brünning meinte, daß die Jugend auch bei der Beurteilung der politischen Lage nicht vergessen, daß an der Spitze des deutschen Reiches nicht mehr ein Fritz Ebert stehe. Mit einem Dankeswort des Gen. Wille wurde gegen 1 Uhr die anstehende Versammlung geschlossen. Wenn auch die Wogen ab und zu hoch gingen, stets herrschte doch ein kameradschaftlicher Geist und der Wille zur Zusammenarbeit und Sicherstellen. Davon kann die Partei nur Nutzen haben.



... und Abertausende gebrauchen und loben sie ELIDA KÖNIGIN SEIFE 35 PFENNIG

die neue Notverordnung.

Er führte an, daß unscheinbar durch alle Verhandlungen des Parteitages sich die neue drohende Notverordnung gezogen habe. Trotz dem habe der Parteitag die Reichstagsfraktion selbstverständlich nicht festgelegt. Nun zeige es sich, daß die Notverordnung noch das weit

WERNIGERODE

Schnupfen.

Gegen den Schnupfen, wie gegen den Tod, scheint kein Kraut zu wachsen. Eine vornehme Kuffin jagte einmal, es gebe ein probates Mittel gegen den Schnupfen, nämlich ein langes und breites Handtuch, in das man ganz oben zu schneuzen anfange; es sei dann unten angeknüpft, sei der Schnupfen verstanden. An dem Scherz ist etwas Wahres. Der alte Schnupfen ist anstehend und man infiziert sich immer von neuem an eigenen Schleim, wenn man nicht sehr häufig die Schnupfmiter wechselt. Die Schnupfen gebrauchen Seidenpapier, das veratmet nicht. Rechtlich!

Der Schnupfen ist eine der unzähligen Kulturkrankheiten; Naturvölker kennen ihn nicht, weil sie reine Luft atmen. Bei uns tritt sehr schon Vieh und Mensch ganz häufig an der Zusammenballung von Staub, Öligas und Bakterien, wie gewisse Berge die meisten. Die Hälfte aller Schnupferkrankheiten leidet an chronischem Schnupfen. Dieser wird begünstigt durch Raufeneige, die sehr erlich ist. Zum Ausdruck eines akuten Schnupfens, der in angenehmer Abmischung den chronischen von Zeit zu Zeit abläßt, gehört eine Entzündung. Kalte Flüsse und Entzündungen des Nasens verursachen den Schnupfen. Dann schmilzt die Nasenschleimhaut durch entzündliche Aufschonung der Blutgefäße der inneren Nase und schafft so den geeigneten Nährboden für die stets in einer zioffizierten Nase vorhandenen Bakterien vornehmbar Art.

Eine besondere sehr lästige Art des Schnupfens ist das Heufieber, das durch den Blütenstaub namentlich der Gräser, entsteht. Raufeneige löst sich durch Raufeneige der engen Stellen mit der Atemwegen schon darum nicht viel anzuzeigen, weil man aber der schädlichen Luft nicht heraustritt.

Beim Ausbruch des akuten Schnupfens macht man sofort ein helles, verlängertes Fußbad. Später ein warmes Vollbad und heißen Tee zum Nachschlafen im Bett. Schnupfen verzeht in laub- und bakterienreicher Luft an der Küste, auf See und im Gebirge, wo kein Geruch mehr nützt. Was man zubauen bleiben, so laufe man keine Abkühlung und namentlich kein Schweißjammern gründlich entfalten. Man schneuze niemals beide Nasengänge gleichzeitig, sondern halte die eine Öffnung stets zu, um die andere zu schneuzen, damit keine Luft in die Nasenhöhle dringt, die Bakterienhöhe ganz besonders. Auch manipulierte man nicht mit Fingern oder gar Instrumenten bei akutem Schnupfen. Zur Verbilligung des Schleimes Einatmung von Ammoniakdämpfen oder Säuredämpfen (Essigsäure). Man belasse sich nie über Schnupfen, wenn man den Sport nicht zum Schaden haben will. Wenn man schon kochen muß, dann lieber gleich über Griffe. Das liegt nach mehr aus und vertritt alle Später empfohlen, so daß man vor ihm Ruhe hat. Dr. Richter.

— SPD. Morgen, Sonnabend, 20 Uhr, außerordentliche Parteivorstandssitzung im Gemerkschaftshaus.

— Abgang Parteigenossen. Die am Montag abend angefertigte Parteiverammlung soll sich mit der letzten Notverordnung der Regierung beendigen einverstanden sein. Wir hoffen, daß sich alle Parteimitglieder zu der Bestimmung einfinden. Wie Referent erscheint ein auswärtiger Parteigenosse. Bitte es niemand an der Agitation für diese Bestimmung fehlen.

— Gaunerverhaft. Der Allgemeine Deutsche Automobilklub Bau Sachjen-Anhalt, veranstaltet am Sonnabend und Sonntag nach Wernigerode eine Gaunerverhaft. Am Sonnabend findet im Kurhausgarten ein Begrüßungabend statt. Anschließend werden die Mitglieder der Wernigeroder Marktspiele „Jans Sachs“ aufgeführt. Sonntag 22 Uhr findet dann eine Schloßbesuchung statt. Am Montag vormittag wird auf dem Marktplatz ein Frühjohppenskonzert und nachmittags in der Gerichtshalle ein Militärkonzert mit Preisverteilung veranstaltet.

— Wernigeroder Bauplan. Am 1. Juni beträgt die Einwohnanzahl Wernigerodes 21 840 gegenüber 22 724 am 1. Mai. Im Monat Mai sind 22 Familien mit 69 Kindern und 247 Einzelpersonen zugezogen und 32 Geburten zu verzeichnen gewesen. Fortgezogen sind nur acht Familien mit 26 Kindern und 178 Einzelpersonen. Die Zahl der Sterbefälle betrug 28. Aus der großen Zahl der zugezogenen Einzelpersonen ist die schonmäßige Besetzung zu erkennen, die der Monat Mai durch den Zuweg von Hotelpersonal und Pensionätsägigen alljährlich bringt.

— Schule 16 Uhr Waldhöhe. Um allen Kreisen, besonders unserer Jugend, einen Nachmittag auf der Waldhöhe zu ermöglichen, sind für die heutige Mißbilligung-Ausführung die Eintrittspreise auf 0,75 und 1.— für Erwachsene und auf 0,50 M für Jugendliche ermäßigt. Ferner werden für Erwachsene und deren Familien gegen 2000 Karten zu 30 S. ausgeben. Hoffentlich wird von dieser einmaligen außerordentlichen Ermäßigung recht rege Gebrauch gemacht. Weitere Mißbilligungen der Mißbilligungen zu gewöhnlichen Schaulustpreisen finden am Sonnabend und Sonntag nachmittag statt. — „Hänsel und Gretel“ als Waldoper. Humpendicks deutsche Märchenoper gelangt am Sonntag 22 Uhr auf der Waldhöhe zur Aufführung. Kartenverkauf bei H. Helm, Schloßplatz, am Markt, beginnt heute. Da die Vorstellung bei ungenügender Witterung im Kurtheater stattfinden, empfiehlt es sich, Karten im Vorverkauf zu nehmen. — Man kann sich hier auch Platznummern für eventuelle Innenaufführung normieren lassen.

— Vom Gemischten. Auf Witter des Gemischten um Zuteiler für den Bau eines Auslieferungspunktes auf dem Sportplatz sind 100 M. von Brauereidirektor Oster geliehen worden, andere Summen sind in Aussicht gestellt worden. Der Bau ist in einem hiesigen Zimmermeister in Auftrag zu geben, nachdem der Viktoria-Sportklub und die städtische Kammer ihr Einverständnis erklärt haben.

— Landesplanung. Während der Tagung der Industrie- und Handelskammer am gestrigen Tage hier im Hotel „Lindenberg“, hatte Prof. Dr. Wetterlein einen Vortrag über die Landesplanung gehalten. Wetterlein, der auch den Generalbebauungsplan der Stadt Wernigerode vorantreibt, hat brachte in seinem Vortrag viel Theorie zum Ausdruck, die hauptsächlich in der nächsten Jahren noch nicht in die Praxis umgewandelt wird. Wichtig ist es notwendig, auch über die Fragen: der Um- und Neueinrichtung der Schaffung neuer durchgehender Verkehrswege, der kommenden gerechten Verteilung der Automobilverkehr usw. um, wichtige Klarheit zu schaffen. Aber so lange den Gemeinden finanziell die Hände gebunden sind, haben dieselben keine Möglichkeit der Zukunftsentwicklung in die Wege zu ebnen, wie das die Grundidee des Vortrages gewesen war. Auch wie sind der Ansicht, daß die Gemeinden des Harzlandes die Möglichkeit der Wirtschaftsentwicklung haben, dazu müssen unter allen Umständen die Wirtschaftler und Industriellen mit den Gemeinden hand in hand arbeiten um die nationale „Runde der Zukunft“ so zu gestalten, daß sie sich auch im volkswirtschaftlichen Sinne auswirkt. — Hoffentlich sind die gegebenen Anknüpfungspunkte bei den Vertretern des Handels und der Industrie auf fruchtbarerem Boden gefallen, damit der Herz bei kommenden Entwicklung nicht ausgesetzt wird.

Wie die merkwürdige Bevölkerung in Wernigerode!

Bei uns in Wernigerode findet — wie schon bekannt sein dürfte — am 1. und 2. August dieses Jahres das

12. Bezirks-Turn- und Sportfest

des 1. Bezirks vom 1. Kreis in Arbeiter-Turn- und Sportbund statt. Die Freie Sportvereingung 1908 hat die Organisation dieses Festes übernommen. In diesem Anschluß werden sich zu den Tagen mit besten 500 bis 600 Arbeiterportler aus Halberstadt, Blankenburg, Thale, Digersleben, Osterfeld, Queblinburg, Wernburg, Gernrode, Harzgerode, Hoffstedde, Ebingerde usw. her einfänden.

Die Arbeiterportbewegung ist zu einer Massenerscheinung geworden, auch bei uns im Bezirk. 45 Vereine gehören ihm an und werden zum größten Teil teilnehmen. Es wird ein Sportfest werden, wie es Wernigerode noch nicht gesehen hat.

Die meisten Sportler werden schon am Sonnabend erscheinen und wir müssen daher für eine Nacht

Freiquartiere

— Der feuchte Leckmann, der lustige Edmont von Arnold und Bag; der unter der strengen Spilleitung von Fritz Sühnbach am Mittwochsabend im Kurhaus zur Aufführung kam, hat die Besucher mit seinen zahlreichen hübschen Einfällen zwei Stunden lang auf das Beste unterhalten. Albert Wang als Scherentent Seibold und Fritz Sühnbach als ein Kompanien Stiefel verdanden in der köstlichen Weise unter Ausnutzung aller Möglichkeiten die Zuschauer alle und Besucher des gut besetzten Hauses in Bewegung zu setzen. Hohe Lächer hatte als Tagendmüßter des Hauses gute Gelegenheit, ihr Können an den Tag zu legen. Ein Paar hübsche Bändchen, hübschjüng, den Mann ihrer Wahl auch sicher zu fassen, gaben Wally Klann und Charlotte Hoffstein. Kurt Fischer-Festung war in seinem Element als Heinz Feinler ebenso Walter Segler als Herr Niemann. Allgemein gefiel die Art wie Charlotte Wehler die Hilmab- mierzog. Die folgenreiche Art der Hauptdarsteller sprang sehr auf das Publikum und lobend die Figur Sühnbach sich auf der Bühne zeigte, zog auch unüberdächtige Beifall, die wir allen kommenden Veranstaltungen wünschen, in den Kurhauslaß ein.

— Schiedsgericht für die Beibehaltung der Kommunalbeamten. Wie der Anführer Preußische Polizeibehörde einer Bestimmung des Präsidenten des Preussischen Oberverwaltungsgerichts vom 30. Mai d. Is. einmühtig ist an diesem Tage das Schiedsgericht für die Beibehaltung der Kommunalbeamten gebildet worden. Der Präsident des Preussischen Oberverwaltungsgerichts, Staatsminister Dr. Drems, hat an seiner Stelle zum Vorsitzenden des Schiedsgerichts den Senatspräsidenten am Oberverwaltungsgericht Richter bestellt, zu ständigen Beisitzern den Oberverwaltungsgerichtsrat i. R. Dr. Wegmann und den Ministerialdirektor z. D. Schulz sowie zu deren Stellvertretern den Oberverwaltungsgerichtsrat Holle und den Abteilungspräsidenten i. R. Geh. Oberfinanzrat Hoffmann ernannt. Die Geschäftsstelle des Schiedsgerichts werden z. B. in dem Hause Berlin SW. 68, Schulzenstraße 28, hergeleitet. Bis zu deren Fertigstellung lautet die Anschrift des Schiedsgerichts: Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstraße 31.

— Wichtige Kirchenaustrittsbestimmungen. Aus unserem Referat gingen in letzter Zeit wieder mehrere Anfragen über die gesetzlichen Bestimmungen beim Kirchenaustritt, zu besatz feien nachteilig die für Frauen gültigen mitgegeben: Nach dem Gesetz vom 30. 11. 1920 muß die Kirchenaustrittserklärung bei dem zuständigen Amtsgericht zu Protokoll des Gerichtsschreibers erfolgen oder in öffentlich beglaubigter Form (durch einen Notar) eingereicht werden. Gebühren werden nicht erhoben. Die Befreiung von der Kirchensteuerpflicht tritt ein mit dem Ende des laufenden Steuerjahres, doch haben die zeitigen Januar und März Ausreisenden nur noch für drei Monate Kirchensteuer zu zahlen, also bis Ende Juni.

— Ein politischer Zwischenfall. In Wernigerode war es eines Tages vor dem Arbeitsort zu einem bedauerlichen Zwischenfall gekommen. Der Arbeiter B. hatte den Nagemann R. zur Rede gestellt, weil dieser an einem wachen Tag in einer Versammlung an einen Schläger gegen Republikaner beteiligt haben soll. Der Nagemann soll bei dieser Auseinandersetzung eine frohe Antwort gegeben und auch den anderen auf die Füße getreten haben. Darauf gab ihn B. einen Schlag ins Gesicht und anschießend, als B. sich zur Wehr setzen wollte, noch einige Schläge, die aber nicht gefährlich waren. Das Halberstädter Schöffengericht hatte B. zu der harten Strafe von 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Auf die eingelegte Berufung setzte die Halberstädter Große Strafkammer die Strafe auf 2 Monate Gefängnis herab.

— Ein politischer Zwischenfall. In Wernigerode war es eines Tages vor dem Arbeitsort zu einem bedauerlichen Zwischenfall gekommen. Der Arbeiter B. hatte den Nagemann R. zur Rede gestellt, weil dieser an einem wachen Tag in einer Versammlung an einen Schläger gegen Republikaner beteiligt haben soll. Der Nagemann soll bei dieser Auseinandersetzung eine frohe Antwort gegeben und auch den anderen auf die Füße getreten haben. Darauf gab ihn B. einen Schlag ins Gesicht und anschießend, als B. sich zur Wehr setzen wollte, noch einige Schläge, die aber nicht gefährlich waren. Das Halberstädter Schöffengericht hatte B. zu der harten Strafe von 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Auf die eingelegte Berufung setzte die Halberstädter Große Strafkammer die Strafe auf 2 Monate Gefängnis herab.

— Ein politischer Zwischenfall. In Wernigerode war es eines Tages vor dem Arbeitsort zu einem bedauerlichen Zwischenfall gekommen. Der Arbeiter B. hatte den Nagemann R. zur Rede gestellt, weil dieser an einem wachen Tag in einer Versammlung an einen Schläger gegen Republikaner beteiligt haben soll. Der Nagemann soll bei dieser Auseinandersetzung eine frohe Antwort gegeben und auch den anderen auf die Füße getreten haben. Darauf gab ihn B. einen Schlag ins Gesicht und anschießend, als B. sich zur Wehr setzen wollte, noch einige Schläge, die aber nicht gefährlich waren. Das Halberstädter Schöffengericht hatte B. zu der harten Strafe von 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Auf die eingelegte Berufung setzte die Halberstädter Große Strafkammer die Strafe auf 2 Monate Gefängnis herab.

Aus Halberstadt

Zimmer der Notverordnung.

Änderung der Renten nach dem Reichsversorgungsgesetz vom 1. Juli ab.

Das Versorgungsamt Halberstadt erachtet uns um Veröffentlichung folgenden Hinweises: Durch die Notverordnung vom 5. 6. 31 erfahren die Rentner der Reichsversicherungsanstalt und der Versicherungsanstalt für die Arbeiter dieser Art dadurch bedingt, daß die Beschäftigten (30 und 40 Prozent) für das erste Jahr keine Herabsetzung mehr erhalten, und daß die Ortszulage als alle Ortsklassen herabgesetzt sind und für die Ortsklasse D fortgefallen ist (für erwachsenen Beschäftigte verbleibt es bei den bisherigen Sätzen).

Die Zahlung der neu festgesetzten Renten erfolgt vom 1. 7. ab; besondere Bescheide über die Umrechnung der Versorgungsgebühren sind nicht erteilt. Die zu zahlenden Sätze können aus den von Reichsarbeitsministerium herausgegebenen Rentenlisten erspart werden. Dieselben liegen am Ort der Zahlung aus. In einzelnen Fällen, z. B. bei Umrechnung der Rentenversicherungen nach § 62, welche eine Änderung erfahren haben, erfolgt später Bescheiderteilung. Wegen der umfangreichen Umrechnungsarbeiten müssen die Sprachsünden bis 20. Juni ausfallen. Nur besonders Vorgeordnete können empfangen werden.

— Wegen Betteins ins Arbeitshaus. Als so ein Kind der Landstraße im vorigen Jahre, das hübschen Gerich wegen Bettelns und Unbittens verurteilt wurde, gab ihm der Richter den reinen Rul, in Halberstadt nicht wieder sehen zu lassen, da hier mit solchen Dingen nicht gelacht würde. Aber der arme Teufel besogte diesen Rul nicht. Er kam doch wieder und wurde auch wieder geschlagen. Man machte nun kurzen Prozeß und gab ihm 6 Wochen Haft und anschließend Arbeitshaus.

bezogen, eine Arbeit, die uns viel Kopfschmerzen macht. Wir werden uns daher an alle Freunde des Sports und bitten, uns bei der Quartierbeschaffung behilflich zu sein dadurch, einen oder auch mehrere Arbeiterportler bei sich aufzunehmen.

Wir bitten, es wird bei den beschriebenen Wohnungsverhältnissen in Wernigerode sehr schwer sein, unseren berechtigten Wunsch nachzukommen, um doch glauben wir, daß bei wirklichem Willen bald jeder dazu in der Lage ist.

Unsere Gäste, meist Handarbeiter, wünschen feinerer Bekleidung (da das Mittelfeld gemeinsam geteilt wird, sondern nicht weiter als ein einfaches Lager (auch Sofa oder Stuhl) — es ist feiner von ihnen notwendig, denn sie leben zu Hause in denselben Verhältnissen wie wir.

Wenn also in den nächsten Tagen unsere Quartiermänner Umfrage machen, dann müßt ihnen die Arbeit leicht und geizig Euch in die Hüften der Quartiergeber ein; läßt auch hier Solidarität, heißt uns, und mit werden es Euch Dank wissen.

Im Auftrage des Festausschusses: H. Fischer.

Neue Theater-Abend.

Die Reichs-Arbeiter-Sport-Woche, die bisher einen glänzenden Verlauf nahm, bringt heute eine Veranstaltung im Spielum. Es handelt sich um einen Theaterabend, um auch der Gruppe der Theaterspieler Gelegenheit zu geben, ihr Können unter Betreuz zu stellen und für ihre Kulturbestrebungen zu werben. Aber die letzten Aufstellungen der Arbeiter-Theater-Freunde mit erleben, weiß, daß in diesen Genossinnen und Genossen viel Lust und Liebe zum Theater spielt und sie daher auch etwas zu leisten vermögen. Es wird auch kaum notwendig sein, besonders für diesen Theaterabend zu werben, denn die bisherigen Aufführungen waren die beste Werbung, was die stets sehr gut besetzten Säle zeigten.

Trotz alledem sei aber doch auch wieder an dieser Stelle auf den Theaterabend aufmerksam gemacht, damit ihn niemand von unsern Genossinnen oder Genossen verläßt.

Aufgeführt wird eine breitaufge Operette von Ritter, die den persöhnlichen Titel „Fischings Lieber“ führt. Die Spiel- und musikalische Leistung liegt wieder in den Händen von Albert Thiene. Die Kasseneinnahme bildet bereits um 19 Uhr statt. Der Anfang der Aufführung ist auf 20 Uhr festgesetzt.

Auch dieses Spiel in der Reihe der Reichs-Arbeiter-Sport-Woche wird sicher dasselbe Interesse finden wie die bisherigen Darbietungen. Der Sonnabend bleibt veranstaltungsfrei. Alles aber rüfte sich für den Sonntag, den Haupt- und Abschlußtag der Reichs-Arbeiter-Sport-Woche.

— Neue Freienderverammlung. Der Deutsche Freienderverband hält heute um 20 Uhr im Gemerkschaftshaus seine Mitgliederversammlung ab. Genosse Reinhard Wragbeberg spricht über die kulturpolitische Lage und die Notverordnung. Alle Freiender müssen erscheinen.

— Zum Cleberabend des Sängerbundes. Der Gesangerein „Sängerbund“ veranstaltet bei günstiger Witterung am Montag den 18. Juni 1931, um 20 Uhr, im Waldrestaurant „Spiegelberg“ einen Cleberabend. Zum Vortrag gelangen Männer-, Frauen- und einigefüßige Chöre. Die Genossen Hoffmann und Kuffius werden einige Sätze zu Gehör bringen. Am ersten Teil der Vortragsspiel singt Gen. Kuffius u. a.: „Gute Nacht zu mein berriges Kind“ von Hof. Am 2. Teil wird Gen. Hoffmann u. a. „Wann“ von Engelberger zu Gehör bringen. Der Wärmender singt u. a. „Der Fremdenlieber“ eine Ballade von Bengert. Auch sonst ist die Vortragsspiel äußerst gut zusammengestellt, so daß jeder Besucher auf seine Rechnung kommen wird. Der Eintrittspreis ist sehr niedrig gehalten und beträgt nur 20 Hg. Vortragsspieler sind an der Abendfeier erichtlich. Nebenbei sind noch mehrere Preise am Spiegelbergrestaurant mitgenommen werden.

— Großes russisches Originalkonzert. Am Sonntag um 20 Uhr findet im Spielum ein großes russisches Konzert des bekannten russischen Professor Donsko statt. Alles Räbere ist aus dem Insekt in der morgigen Zeitung zu erfahren.

— Umtausch von Invalidentarten. Nach einem Erlass des Ministers für Volkswohlfahrt vom 28. Februar und 4. Juli 1925 sind die Orts-, Land-, Betriebs- und Anningstratenkarten erschiedig, die Ausstellung und den Umtausch der Anningstratenkarten selbst vorzunehmen. Da die hiesigen Stratenkarten bisher die Ausstellung und den Umtausch von Anningstratenkarten nicht durchgeföhrt haben, ist angeordnet worden, daß die Stratenkarten vom 15. Juni 1931 ab verpflichtet sind, die Neuausstellung und den Umtausch von Anningstratenkarten für ihre Kostengemäßheit selbst vorzunehmen. Soweit es sich um die Ausstellung und den Umtausch von Anningstratenkarten für Berufsarten handelt, die nicht Mitglied einer Pflichtstratenkarte sind, findet die Ausstellung und der Umtausch der Anningstratenkarten wie bisher im Zimmer Nr. 6 des Polizeigebäudes, Dompfah Nr. 27, statt. Auf weitere Bestimmung in der heutigen Nummer dieser Zeitung wird hingewiesen.

— Wenn man im Tan ist. Ein hiesiger Handwerkermeister hatte sich vorgenommen, ordentlich einen hinter die Binde zu spielen. Dieser Vorfall führte er auch aus. Aber das brachte ihm verschiedene Unannehmlichkeiten. In dem Lokal, wo er sich feiern lassen sollte, war nämlich auch eine reizende junge Dame anwesend. Diese verdachte, einen Schmus anzugeben, ließ aber auf Widerstand. Aber als er ein Mädchen machte, sollte die Dame Bestätigung noch in unbeschämten Augenblick erwiderte sie ihm 70-80 Mark aus der Rocktasche und verschwand dann eilig. Er bekam natürlich seinen geringen Schreden, als er den Verlust bemerkte. Schnell wurde bei der Kriminal angetrieben. An demselben Morgen, die hell der Polizei angerufen wurde, sand die junge Dame neben dem Beamten, um eine Zinsgabe zu erlangen, weil sie auf der Straße belästigt sei. Als sie hörte, daß sich das Festelungsprädikt um ihre eigene Person drehte, verließ sie natürlich sofort das Zimmer. Aber sie konnte doch nicht ermittelt werden. Der Bericht meinte sie nun, das Geld habe ihr der Handwerkermeister zu bestimmtem Zweck geschenkt. Das wurde aber durch die Augen widerlegt. Sie wurde daher wegen Diebstahls zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

— Kommunalführer Klammann. Gestern Nachmittag gegen 7 Uhr spielte auf dem Holzmarkt die Musikstelle. Das ging natürlich nie mandem etwas an. Einige Kommunisten, die von ihrer Zentralfstelle angezogen sind, überal Klammann zu machen, fürten die Borträge durch böse Jurufe. Es kam auch zu gegenfeitigen Anproben. Die Polizei unterdrückte mit Bedachtigkeit den Unflug und sorgte dafür, daß keine ernsthaften Folgen entstünden.

Partei-Genossinnen und -Genossen, werbt für Euer Blatt!

Die Heufieberplage.

Alle Schulfächer verjagen. — Das Marterium der Berufstätigen.
Es gibt allein in Deutschland viele Hunderttausende, die jedesmal dem Beginn des Sommers mit einem geheimen Grauen entgegensehen: Das sind alle die, die jedes Jahr dem Heufieber befallen werden, das, was als Heufieber bezeichnet wird, Mitleidlich in allen Klassen, Berufsständen, Köpfigkeit, Schlaflosigkeit, ein mordenhaft anhaltender Schweiß, der zu richtigen Niesströmen führen kann, Atemnot, das Niesen und Zucken der Augen usw., ist schon seit mehreren hundert Jahren bekannt. Die Untersuchungen dieser nicht allein in Europa, sondern auch in anderen Erdteilen, besonders in Nordamerika, vorbereiteten Sommerferien, wurde jedoch erst in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts ermittelt. Die während der Blütezeit in der Luft umherfliegenden Pollen der Blüten sind es, die das Heufieber bei dem hervorruft, die dafür veranlagt sind, was bei Männern weit mehr der Fall ist als bei Frauen. Die höchste Ansteckungsgefahr geht bei uns von den Wiesengräsern und von den verschiedenen Getreidearten aus. Das Wissen dieser Wissenschaftler bringt aber auch bei uns stets den Höhepunkt der Heufiebererkrankungen. Darüber hinaus gibt es jedoch noch viele Blüten, deren Pollenstaub das Heufieber hervorruft, aber, allerdings nicht wie bei den anderen Blüten nicht in einem so großen Umfang gehen wie bei den Gräsern und dem Getreide. Was ziemlich unendlich nach dieser Richtung hin sind die Blüten der Radelblumen anzusehen.

Dabei gilt es heute als feststehend, daß der Pollenstaub der einzelnen Blütenarten nicht immer gleichartig wirkt. Manche Menschen erkranken von dieser, manche von einer anderen Art. Blütenstaub zu besitzen, trotzdem sie sich auf diesen als Heufiebererkrankte äußern, ist ein in Jahren, in denen während der Hauptblütezeit viel Regen einsetzt. Auch Winde tragen zur Ausbreitung des Heufiebers bei, weil dadurch immer wieder Pollenstaub in die Luft getragen wird. Dagegen schützt starker Regen den Staub wieder. Eine Regenperiode bringt auch gewöhnlich eine Abmilderung der Erkrankung, doch ist es mit der Verringerung vorbei, wenn wieder heiße Tage kommen. In einigen nordeuropäischen Gebieten glaubt man die Zahl der Heufiebererkrankungen vermindern zu können, wenn man die Gräser, deren Blüten hauptsächlich zur Ausbreitung der Krankheit beitragen, entfernt. In den meisten Fällen ist dies nicht mehr anzunehmen, doch dürfte damit kaum ein Erfolg zu erzielen sein, weil ja der Pollenstaub wehlich durch die Luft getragen wird.

Gegen das Heufieber sind bereits die verschiedensten Mittel empfohlen worden. Die meisten haben sich als erfolglos erwiesen. Neuzeitlich macht man die Heufiebererkrankten durch Einimpfen gewisser Stoffe gegen die Krankheit immun. Doch steht es fest, daß diese Immunisierung nie lange Zeit vorhält, daß sie also oft wiederholt werden muß. Das beste Mittel gegen das Heufieber ist, sich während der Blütezeit der Gräser in höheren Gegenden, auf die See, oder auf eine weite und felsig abgelegene Insel zurückzuziehen. Ist aber dem Meer zu fern und auf höher gelegenen Bergen gibt es keinen Pollenstaub, aber dieses Entweichen in eine Umgebung, die die Krankheitserreger nicht enthält, ist nur den allergeringsten möglich. Und gerade denen nicht, denen am meisten damit gedient wäre: denen, die trotz der Krankheit bei ihrer Arbeit ausbleiben müssen. Schon seit langem ist deshalb die große Luftschiffahrt für Heufiebererkrankte, oder die Zahl derer, die um die Zeit der Gräser und der Roggenblüte nach Helgoland gehen kann, ist doch nur verhältnismäßig gering gegen die Zahl derer, die ihr Heufieber in der gewöhnlichen Umgebung mit Geduld ertragen müssen. Auch ein anderes Mittel, die Wohnstätten mit Filtervorrichtungen zu versehen, die das Eindringen von Blütenstaub verhindern oder wenigstens machen sollen, kann nur von den wenigsten benutzt werden, da ja die Berufstätigen nicht immer in der Stadt wohnen können. Das Heufieber gehört gewiß nicht zu den gefährlichsten Krankheiten, für die Leute, die davon jedes Jahr betroffen werden, ist es aber doch jedesmal eine recht unangenehme Erkrankung. Dr. H. S. 3 c 3

Muß der Gastwirt Nebenausgänge beleuchten?

In Herten bereitet St. eine Gastwirtschaft. Vor einiger Zeit ist er nach 3 Uhr Gäste durch einen Nebenausgang, welcher zu einem Tischplätzchen gehörte und um diese Zeit verschlossen und nicht beleuchtet war, auf die Straße. Wegen Zusammenstoßung gegen eine Polizeivorordnung vom 11. Oktober 1927 wurde St. zur Beaufsichtigung gezogen, weil der betreffende Ausgang nicht beleuchtet gewesen sei. Das Amtsgericht sprach aber den betreffenden Gastwirt frei und nahm an, daß der Gastwirt nicht verpflichtet gewesen sei, den Nebenausgang zur Straße, welcher für die Besucher eines Tischplätzchens bestimmt gewesen sei, zu beleuchten. Diese Entscheidung löst die Staatsanwaltschaft durch Revision beim Kammergericht an, welches indes die Revision der Staatsanwaltschaft als unbegründet zurückwies und u. a. ausführt: Die Beaufsichtigung ist ohne ersichtlichen Rechtsgrund ergangen. Gegen eine Polizeivorordnung, welche vorschreibt, daß Gänge und Zugänge zu Gärten und Schutzhäusern während der Betriebszeit nach Einbruch der Dunkelheit zu beleuchten seien, bestehen keine Bedenken. Vorbehalt konnte aber kein Zugang in Betracht, welcher für das Publikum, das die Gastwirtschaft des betreffenden Gastwirts aufsuchen wolle, zu jeder Zeit zugänglich sei. Es komme ein Nebenausgang in Frage, welcher für die Besucher des Tischplätzchens verschlossen werde. Wenn St. bisweilen seinen Gästen gelatte, in seiner Beaufsichtigung den sonst für die Kinobesucher bestimmten Ausgang zu benutzen, so könne dieser Nebenausgang nicht als Zu- und

Gewerkschaften in der Krise.

Sattler und Tapezierer.

Es gibt nur wenige Organisationen, auf denen die Wirtschaftskrise im vorigen Jahre mit solcher Schwere lastete wie auf dem Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuliker. Die Arbeitslosigkeit erreichte im Vorjahr einen Stand wie nie zuvor. Der Geschäftsbericht des Verbandes weist aus, daß im Jahresbericht 1930 35,8 Prozent der Berufsangehörigen der arbeitslos waren bei einem Jahresdurchschnitt von 17,4 Prozent, die der DGB für alle freien Gewerkschaften der Konjunkturarbeiters ermittelte. Die Krise im Sattler, Tapezierer- und Portefeulikerhandwerk unterscheidet sich abseits von den meisten übrigen Konjunkturberufen durch eine ungewöhnlich lange Dauer der Arbeitslosigkeit. Bei der Auszahlung der Extraunterstützung zu Weihnachten 1930 wurde festgestellt, daß von den 7202 ausgesetzten unterstützten Verbandsmittgliedern 256 Mitglieder zwei bis fünf Jahre arbeitslos waren. Dabei ist noch zu bemerken, daß sich die Erhebung nur auf Mitglieder erstreckte, die mindestens 52 Wochen dem Verband angehörten, da nur solche Mitglieder Extraunterstützung erhielten. Am härtesten betroffen wurden die Arbeiter der sog. zugehörigen. Hier wurden am Jahresabschluss 2022 arbeitslos Brandenburger geschätzt, das sind 54 Prozent ihrer Stelle kamen die Tapezierer mit 4668 arbeitslosen Mitgliedern oder 51,7 Prozent arbeitslos Brandenburger. An dritter Stelle standen die Lederverarbeiter mit 4780 arbeitslosen Mitgliedern oder 44,5 Prozent Arbeitslose der Gesamtbranche usw.

Außerordentlich groß war auch die Zahl der Kurzarbeiter. Am Jahresdurchschnitt getrennt arbeiteten nämlich 5229 Verbandsmittglieder oder 19 Prozent der Gesamtmitgliedschaft verläßt gegenüber 13 Prozent im Jahre 1929. Die Sattler, Tapezierer und Portefeuliker waren ihren Unternehmern ganz ausgesprochen gemessen, hätten sie nicht eine so stark und leistungsfähige Organisation als Rückendeckung gehabt. Es ist geradezu bewundernswert, daß es der Organisation trotz dieser missigen Verhältnisse gelang, die Tarifläufe im Berichtsjahr zu halten. In einigen Dörfern fast sogar noch für die Tapezierer und Lederverarbeiter eine geringe Lohnerhöhung.

Von den Ausgaben der Hauptliste in Höhe von 1.269.933 M. entfielen allein rund 525.000 Mark zur Arbeitslosenunterstützung, 87.200 Mark zur Krankenunterstützung, 78.715 Mark auf Wohnzuschüsse, Stiefel- und Gemütskostenunterstützung usw.

Diese Leistungen der Organisation beweisen, daß der Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuliker sich im letzten Jahre gut gehalten und trotz der verheerenden Krise die Interessen seiner Mitglieder nach jeder Richtung hin erfolgreich vertreten hat.

Maschinen und Heizer.

Am 14. Juni und die folgenden Tage findet der Verbandstag des Zentralverbandes der Maschinenisten und Heizer in Dresden statt.

Eingang für das Publikum besetzt werden, welches die Wirtschaft des Anlagens besuchen wolle. Es könne daher von dem angetragenen Gastwirt nicht gefordert werden, daß er den betreffenden Nebenausgang dauernd während der Dunkelheit beleuchte. Wenn der Angetragene auf dem Lweg gewisse Güter auf die Straße stelle, so müsse er eine Gittertür öffnen, damit die Vorrichtungen, welche der Polizeibehörde die Kontrolle erleichtern können, können nicht als rechtsunwirksam angesehen werden. (Mittteilungsblatt: I. S. 204. 81.)

Die Schneefallbeschränkung im ersten Vierteljahr 1931. Wie der Mittteilungsblatt Beschränkung an Hand der „Statistischen Korrespondenz“ mittels, sind im ersten Vierteljahr 1931 20 Prozent mehr Schneefälle gemeldet worden als im gleichen Vierteljahr 1930. Die Zahl der Rindererschlagungen hat etwas abgenommen. Die aus den Schlagungen für die Bevölkerung zur Verfügung zur Verfügung stehende Menge ist also größer als im ersten Vierteljahr 1930. Das gleiche Bild zeigt sich, wenn man das Winterhalbjahr 1930/31 mit dem Winterhalbjahr 1929/30 vergleicht. Die Schneefälle sind im Winterhalbjahr 1929/30 insgesamt um nur 276.000 abgenommen haben. Anders wird das Bild, wenn man die Zahlen des letzten Winters denen des Winters 1928/29 gegenüberstellt. Gegenüber diesem Winter haben zwar die Schneefälle abgenommen, aber die Abnahme der Rindererschlagungen, einschließlich der Rindererschlagungen, beträgt 382.000 Stück. Als ungefähres Gesamtbild haben wir danach für das Winterhalbjahr 1928/29 und das Winterhalbjahr 1930/31 einen etwa gleichen Schneefall aus Erschlagungen in Preußen. Der dazugehörige Winter 1929/30 dagegen brachte der Bevölkerung eine weit geringere Versorgung.

Keine Vermögenssteuer für Interessentenverordnungen in Gastwirtschaften. Nach Mitteilung des Reichsministeriums des Innern hat eine Gemeinde sogenannte Interessentenverordnungen, für die von den Besuchern ein Eintrittsgeld nicht erhoben wurde, zur Vermögenssteuer herangezogen. Der zuständige Bezirksausschuß hat diese Heranziehung gebilligt. Gemäß § 4 der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über die Vorführung ausländischer Bildstreifen vom 21. 7. 1930 müssen ausländische Bildstreifen vor deren Vertrieb „einmal öffentlich oder vor Interessenten“ vorgeführt werden. Durch diese Vorführung werden die deutschen Zensurverfahren der Zensurbehörde entbunden. Bildstreifen ohne jede Zensurverfahren vorübergehender Befreiung zu erwerben. Wenn man die Befreiher, wie im vorliegenden Falle

Den Delegierten des Verbandes wird das Wissen der Organisation in den letzten drei Jahren vorgelegt. Obwohl der Verband der Maschinenisten eine in sich gestiftete Organisation ist, war die schlechte Lage der Wirtschaft naturgemäß auf die Ergebnisse der Verbandsarbeit nicht ohne Einfluß.

Die Anforderungen an die Finanzen der Organisation waren außergewöhnlich groß. Einnahme und Ausgabe der Hauptliste des Verbandes balanciert im Jahre 1930 mit 2.271.866 Mark. Außerordentlich groß waren die Leistungen für soziale Unternehmungen. Hierfür mußten insgesamt 706.704 Mark ausgegeben werden. Das Jahr 1928 gleich 100 geht, ergibt eine Steigerung auf 133 im Jahre 1929 und 168 im Jahre 1930. An Arbeitslosenunterstützung allein wurden 407.072 Mark im Jahre 1930 ausgegeben. Die Inanspruchnahme der Unterstützung erfordert einen steigenden Anteil an den Ausgaben der Organisation. Die Aufwendungen hierfür sind gestiegen von 92.772 Mark im Jahre 1928 (= 100) auf 138.007 im Jahre 1929 (= 148,7) und 132.200 im Jahre 1930 (= 137,5). Ausgesprochen sind 3 Prozent der Mitglieder des Maschinenistenverbandes Empfänger von Invalidenunterstützung. Trotz der großen Ausgaben, die die Verbandstätigkeit zu leisten hatte, wurde noch ein Ueberschuß von 245.540 Mark erzielt.

Der Maschinenistenverband hat zwar nicht zu mangelnden wie einige andere Gewerkschaften, dennoch ist die Befreiung ziemlich groß. Bei solchen Befreiungen ist die Entlastung der Mitgliederzeit von besonderer Bedeutung. Der Verband der Maschinenisten und Heizer hatte im Jahre 1927 durchschnittlich 45.497, 1928 49.121, 1929 51.241 und 1930 50.066 Mitglieder. Im Vorjahr ist also ein geringer Mitgliederertrag von 19,4 v. H. zu verzeichnen.

Recht interessant ist eine Erhebung des Verbandes über die Arbeitszeit. Maschinenisten und Heizer haben der Natur des Berufs gemäß vielfach eine längere Arbeitszeit als Betriebsarbeiter. Im Jahre 1930 hatten 63,1 der Verbandsmittglieder eine wöchentliche Arbeitszeit von 66 Stunden. 1928 arbeiteten erst 30,3 v. H. der Verbandsmittglieder 48 Stunden und darunter.

Der Kampf um die Verringerung der Arbeitszeit konnte nicht auf dem Verband mit Erfolg geführt werden. Trotz schärfster Angriffe auf die Verringerung der Arbeitszeit durch die Maschinenisten die Bäume der Betriebsstellen erfolgreich zu verteidigen. Im Jahresdurchschnitt betragen die Stundenlöhne der Verbandsmittglieder Ende 1930 110,6 Pfennig, gegen 108,9 Pfennig 1929, 100,9 Pfennig 1928 und 90,9 Pfennig 1927. Es ist also ein ununterbrochener Fortschritt in der Erhöhung der Stundenlöhne zu verzeichnen. Ein kleiner Rückgang erfolgte erst Ende 1930. In dieser erfolgreichen Verhandlung der Löhne kommt die Stofffrage des Maschinenistenverbandes ebenfalls zum Ausdruck.

dazu übergehen, auch deutsche Bildstreifen in einer Interessentenverteilung zu zeigen, so ist dies nur begründet. Wie der Angetragene die Befreiung auf Grund eines gemeinsamen Bundesbeschlusses des Ministers des Innern und des Finanzministers mittels, einziehen könne, die beiden Minister den Gemeinden, derartige Befreiungen von der Vermögenssteuer zu bewilligen.

Motten-Plage. Wenn sich in einer Wohnung Motten besonders stark bemerkbar machen, so ist das meist ein Zeichen dafür, daß sie sich in irgendeinem Winkel, in der Koffertage eines alten Sacks oder dergl. unbeschäftigt bemerkten. In solchen Fällen ist am wirksamsten eine Durchsorgung der betreffenden Räume. Am einfachsten würde sich in diesen Fällen die Auspflanzung vornehmen lassen, für die jeder Droppf die nötige Anweisung gibt. Vor allem ist darauf zu achten, daß eine genügende Portion Schwefel, wenigstens ½ bis 1 kg auf ein mittelgroßes Zimmer, zur Verrottung kommt, daß sich der Schwefel in einem feuerfesten Behälter befindet und daß die Räume durch Lüften und gut abgedichtet werden. Die entweichende Schwefelmenge müssen dann etwa 8 bis 10 Stunden wirken können. Farbige Stoffe und sonst empfindliche Gegenstände sind während der Auspflanzung aus dem Zimmer am besten zu entfernen, da der Schwefelgeruch die Haut angreift und zum Teil reizt. Sollte die Auspflanzung der Schwefel dennoch zu unumfänglich erscheinen, würde in vorliegenden Fällen in ausgiebiger Gebrauch von Mottenpapier zu machen sein, mit dem man die verdächtigen Mobilitäten ebenfalls gehörig ausreibt.

Abfahrschein. Das Schwingen der Abfahrscheine läßt sich nicht völlig unterdrücken. Es gibt zahlreiche Spezialmittel dagegen zu empfehlen sind fälsche Buchungen, abschließend Betupfen mit Lösser-Terf. Buchungen muß durch regelmäßige Anwendung von Terfcreme verhindert werden. Am Tage wird ein guter Schwefelpuder angewendet, nötigenfalls legt man einen mit Quader bestrichenen großen Kartenaufschlag ein.

Spielplan der Halberstädter Lichtspieltheater.

Donnerstag bis zur ersten Sonntag.
Rammert-Vollst. Maria Bauer, Fritz Rammert, Otto Bannell und Hermann Wilsa in dem großen Akt nach Hilar. „Das natürliche Gift“. Der amfante Roman eines kleinen Kavaliers. Außerdem der Sentimentalmeister Carlo Albin in seinem neuen Abenteuer „Das Kanaraka“.



Ein Beispiel: Diesen Einkaufsbentel, echt Leder, erhalten Sie für 60 einfache Gutscheine.

Sunlight Produkte jetzt so billig!

Auch wertvolle Gutscheine tragen alle Packungen der Sunlight Erzeugnisse; die doppelgroßen Packungen von Lux Seifenflocken und Vim sogar zwei.

Sammeln Sie die Gutscheine! Sie erhalten dafür schöne Gaben. Verlangen Sie unseren reich illustrierten Werbegaben-Katalog!

Lux
Seifenflocken
für alle
gute Wäsche
Normalpaket... 30 Pfg.
Doppelpaket... 50 Pfg.



Vim
zum sparsamen
Putzen und
Scheuern
Normaldose... 30 Pfg.
Doppeldose... 50 Pfg.



Sunlight
Seife
für große Wäsche,
für Hand und Haus
Doppelstuck... 30 Pfg.
Gr. Wirtel... 25 Pfg.



SUNLICHT GESELLSCHAFT A.G. MANNHEIM-BERLIN DIE GUTEN SUNLICHT PRODUKTE

Subventions-Politik.

Vedenkliches aus der Notverordnung.

Aus der in der Notverordnung vorgesehenen Krisenfeuer soll ein Drittel der Verträge für Arbeitsbeschaffung verwendet werden. Zunächst sind 140 Millionen Mark dazu auszugeben, um Aufträge an die Schwerindustrie herauszugeben. Die ganze Aktion soll so vor sich gehen, daß die Reichsbahn Gleisvermehrungen und Gleisumbauten vornimmt und zwar im Betrage von 200 Millionen Mark. Dabei sollen angeblich 120 000 Arbeiter für ein halbes Jahr Beschäftigung finden.

Diese Auftragsvergebung größten Stils soll so finanziert werden, daß der Staat in etwa 60 000 Tonnen für das Schienenmaterial — es werden monatlich 60 000 Tonnen angesetzt — wie bisher nur 20 000 Tonnen durch die Reichsbahn bestellt — sich einen Kredit von 100 Millionen verschafft, der von der Reichsbahn erst nach einigen Jahren zurückgezahlt zu werden braucht. Die Zinsenlast aber trägt das Reich aus Mitteln der Krisenfeuer. Das Reich hat ferner aus der Krisenfeuer 60 Millionen Mark als sogenannten verlorenen Zuschuß beizutreten. Die restlichen 40 Millionen Mark hat die Reichsbahn aufzubringen. Nun liegen die Dinge aber so: Die Oberbaumateriallieferung werden die Schwerindustrie aus ihren Vätern nehmen. So ist zu befürchten, daß auf Grund dieser Verfügungen keine nennenswerte Arbeitsbeschaffung eintritt. Die Schwerindustrie hat in voriger Woche auf der Tagung des Langnamereins nach dem harten Kampf gerufen, aber auch nach Subventionen. Man hat das in Berlin verlassen. Fragt sich, ob der Kanaker sich mit diesem Arrangement nach Auffassung der Schwerindustrie stark genug zeigt.

Trotzdem ist bei den ganzen Vorkäufen zu beachten, daß in der Steinindustrie insbesondere für Schlackensteine, bei den Erdarbeiten und Gleisverlegungen viele Arbeitsträger gebraucht werden. Ob das aber ausreicht, um 120 000 Mann neu einzustellen, erscheint doch ziemlich zweifelhaft. Für die Schwerindustrie hat jedenfalls die Art Arbeitsbeschaffung die angenehme Nebenwirkung, daß sie von ihrem großen Säuger heruntersinkt und daß für das Reich (aber, besser gesagt, diejenigen im deutschen Volk, die die Krisenfeuer aufbringen) den Zinsdienst abnimmt.

Die Notverordnung enthält noch weitere Subventionsangebote. Dem Steintohlenbergbau wird der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenversicherung in der Arbeitslosenversicherung für die Untertagearbeiten erlassen. Dieses Geschenk macht 65 Prozent der gesamten Beihilfen der bergmännischen Belegschaft aus. Der gesamte Steintohlenbergbau dürfte damit pro Jahr 40 Millionen Mark „einparken“.

Der Bergbau und die Chemie erhalten aber noch ein weiteres Geschenk. Man hat nämlich keine der Benzolmehrerhöhung entsprechende Ausgabepflicht für die Treibstoffe aus inländischer Erzeugung geschaffen. Da aber selbstverständlich die inländische Industrie, also die Benzolgewinnung, die inländische Erdölindustrie und die Kautschukproduktion, auch ihre Preise heraufsetzen, erhalten sie bei einem jährlichen Verbrauch von etwa 450 000 Tonnen inländischen Treibstoffen (Kraftspirit nicht mit eingerechnet) ein Schutzgeld von 30 Millionen Mark. Für die Benzolgewinnung, die vom Bergbau betrieben wird, steht das Geschenk wie folgt aus: Die Zapfpreispreise für Benzol werden ohne jeden Grund prompt um 4,5 Pfennig pro Liter heraufgesetzt. Das bedeutet bei einem jährlichen Verbrauch von rund 400 000 Tonne einen Mehrerlös von 18 Millionen Mark.

Man sieht also, daß die Großindustrie, das Kohle, Eisen und Chemie bei dieser Notverordnung nicht vergessen worden sind.

Besonders die Kohlensubvention — darauf läuft praktisch die Wiederholung der Arbeitslosenbeiträge hinaus — erscheint äußerst problematisch. Es ist zunächst ein unmöglicher wirtschaftlich notwendige Preisentlastungen aus öffentlichen Mitteln zu bestreiten. Man muß nun aber die Ermäßigung der Kohlenpreise in erster Linie für die Steigerung des Konturenkämpfes

gegen die englische Kohle benutzen. Die deutsche Wirtschaft, die bisher schon einen überhöhten Kohlenpreis bezahlen muß, wird davon nichts haben. Dagegen kann man die sogenannte Umlage vermindern. Das sind die Kosten, die die Kohlenbarone für den Konturenkampf gegen die englische Kohle zu zahlen haben. Die erlassenen Arbeitslosenbeiträge kommen also den großen Werken zugute. Aber davon wollen wir einmal ganz absehen. Wir wollen nur die Lasten ins Auge fassen, die öffentliche Mittel für den Kohlenkampf voranzutreiben werden. Das hat England bereits vor Jahren getan, mit dem Erfolg, daß die übrige Wirtschaft es bald leid wurde, diese Kosten zu tragen, und ganz energisch forderte, daß damit Schluss gemacht würde. England machte denn auch Schluss mit diesem überhöhten System. Millionen und Abermillionen waren aber für Nichts und wieder Nichts verpulvert.

Man muß leider befürchten, daß der in der Notverordnung konstruierte Krisenfond noch zu anderen Subventionszwecken benutzt wird. Schon hört man, daß man den Wert der Anbitter-umlage erlassen hat. Man kennt auch Subventionsumlagen zahlreicher anderer Industrien und, leider, auch die Berechtigung des Finanzministers, dieselbe nachzutun. Wenn man überhaupt die unter schweren Opfern der Massen aufgetragenen Krisenfeuermittel zur Arbeitsbeschaffung benutzen will, dann müssen sie wirklich eingesetzt werden. Nach dem Gesichtspunkt der stärksten Beschäftigung von Arbeitsgelegenheiten und nicht nach Subventionsgesellschaften.

Tolle Sachen werden bei der Krisenfeuer im Rahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes erleben. Was hier schon jetzt produziert wird, schließt jeder wirtschaftlichen Vernunft ins Gesicht.

Das Parteireferat als Broschüre!

Fritz Tarnow

Kapitalistische Wirtschaftsanarchie
und Arbeiterklasse

Referat gehalten auf dem
Leipziger Parteitag der
S.P.D. am 1. Juni 1931

Das Referat Tarnow auf dem Parteitag der SPD in Leipzig ist soeben im Druck erschienen. Der Preis der 32seitigen Schrift beträgt 20 Pf.

Der Mann mit der Pranke

Roman von Friedrich Zuckmoldorf
Copyright 1929 von Wilhelm Goldmann Verlag, G. m. b. H. Leipzig
13. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Der Dienstag war für das erste Wiedersehen bestimmt. In der Frau regte sich das Gewissen. Sie war in den beiden letzten Tagen zu ihrem Mann von umfänglicher Liebe und Kammerie sich mit Inbrunst an ihre Ehe. Wenn Hugo sie mit einem Blumenstrauß besuchte, übertrömte sie von Glück, wenn er mit ihr ausging, strahlte sie. Wichtiglich häufig sprach sie von Gontard, um sich selbst ihre Unbelangtheit zu bewahren, und ertrug sie sich auf dem Gefühl, daß sie dem kommenden Dienstag mit neuerlicher Angebots entgegen, so forderte sie, ein wenig Theater spielen, die Gastlichkeit ihres Mannes heraus, nur um sich ihm mit einem süßen Schächel zu entziehen und liegen zu können: „Soll mich gleich der böse Gontard, wenn ich nicht lieb bin?“ Das war so hübsch, wenn er sich dann, auf das Spiel eingehend, in Heidenpost warf und das Schwert sagte, das nicht da war: „Ach schübe dich.“

Das Zusammenreffen mit Gontard, das näher und näher rückte, sollte um jeden Preis eine Möglichkeit sein. Gestalt? Wo man denn jetzt noch Gefahr? Ein verliebter Mann ist nicht gefährlich.

Gontard war mündlich noch vorfahre und kürzer in dieser Zeit. Sein Gesicht war wieder eingefroren, undurchlässig und hielt die Menschen in noch größerem Abstand als sonst. Er schien ein in sich verkrochenes Tier, das sich immer dichter um sich mit seiner Schale umschloß. Niemand konnte durch die harten, rauhen Gänge dieser Schale blicken. Niemand konnte sehen, wie Gedanken und Befürchtungen immer nur dieses eine unflatternde: wird sie kommen, wird sie kommen? Er arbeitete mehr als sonst, sein Tempo war das einer in drohender Fahrt befindlichen Lokomotive. Aber die Gedanken an die Frau waren hinfliegende Lohmotive. Aber die Gedanken an die Frau waren hinfliegende, schnelle Biegel, die flackernd der heftigsten rasenden Maschine vorausschifften. Menschen und Dinge waren Signallichter, die aufblitzten, achlos überfahren wurden und wiederum hinter im Nichts

verschwand. Nur die Vögel flüchten kreuz und quer mit raschem Flügelgeschlag.

Der erste Dienstag.

Ohne in den Spiegel zu blicken, ohne die Kramatte zurechtzurücken, machte sich Gontard auf den Weg. Ein Kausch aus Seidenpapier in seiner Hand umhüllte ein halbes Duzend kostbarer Orchideen. Sein großer, schwarzer Wagen brachte ihn in die Nähe der kleinen Konditorei in der Bismardstraße, die als Treffpunkt ausserhalb war. Es war ein ganz einfaches, altes Lokal, aus dem zwei einleitigen, halbdunklen Zimmern bestehend, die sich an den Verkaufsräum angeschlossen. Sechs runde Marmorplatte auf abgestimmten, gelblichen Füßen standen vor ebensoviele abgetheilten, moßigem, gelblichen Fuß. Für mehr war kein Platz. Die Sofas boten für zwei Personen Platz, die gelben Bohrtücher, die um jeden Tisch die Einrichtung vervollständigten, führten ein unbenutztes Dajzen und warteten erfordern, wenn sich Reutlinge auf ihnen niederließen. Sena hatte die Konditorei vorgezogen, die sie aus ihrer Beschäftigung her kannte. Jetzt trankten hier in der Mittagszeit kleine Gesellschaften aus den umliegenden Geschäften ihren Kaffee zu misgerathenen Butterbroten, und abends saßen einige einfameltbedürftige Pärchen in den müßig erhaltenen Nischen. Vormittags war nie eine Menschengedens zu treffen. Gontard setzte sich in eine Ecke. Fünf Minuten vor halb elf, und die fünf Minuten, die er reglos in erstarrender Haltung, mit verdrängten Händen auf der linken Marmorplatte, wartete, dünkten ihm ungeschick, nervenzerrender als sein ganzes bisheriges Leben. Schlag halb elf flatterte Sena herein. Der Mann stand auf, breit und schwer, schien er neben ihrer weitgehenden Zartheit ein dunkler Riese, obwohl er taum über Mittelgröße war.

„Bin ich pünktlich? Oh, die Blumen! Wie herrlich! Das sollten Sie aber nicht. Ich darf sie ja doch nicht mitnehmen. Denken Sie, was mein Mann sagen würde.“

Das Wort blieb ihr im Hals stecken. Gontard hatte mit einer wühlenden Handbewegung den Strauß vom Tisch gelegt.

„Das dürfen Sie nicht. Führt das ist rob. So will ich Sie nicht haben. Sofort haben Sie die Blumen auf.“

Er hüchtete sich geformt.

„So etwas dürfen Sie nie wieder machen, sonst komme ich nicht wieder.“

„Es soll sie niemand anders haben.“

„Sie werden jedoch brav die Blumen zu Hause in eine Vase

stellen, und wenn Sie sie ansetzen, werden Sie an mich denken. Versprechen Sie mir das?“

Sein Gesicht war wieder entparmt, bemitleid, seine Pupillen, schwarz blinkende Blätter im grauen Rand der Iris, taumten die Frau wie ein Wunder an. Eine kleine, blonde, blasse Leherin schilt den Schüler aus, der alles falsch macht. Der alles falsch gemacht hat sein ganzes Leben lang. Wie Schüler, die den ganzen Tag des Lehrers wiederholten, sagte er: „Ich werde die Blumen in eine Vase stellen und an Sie denken.“

Und wie eine kleine Schererin, die Neugierigkeit vorlangt, fragt sie ihn aus. Wie er lebt, was er tut, was er mit seiner freien Zeit macht. Wie kann ein Mensch so leben? Um fünf Uhr aufstehen, arbeiten, arbeiten, bis zehn, elf, zwölf Uhr nachts. Keine Bücher lesen, keine Musik hören, in kein Theater gehen. Im Gottes Willen, das ist doch kein Leben. Ja, was interessiert ihn denn? Karten spielen, Rennen, Frauen?

„Haben Sie Tiere gern? Vögel? Sammeln Sie nichts?“

Nichts, gar nichts? Das ist ja schrecklich! Ein Mensch muß doch etwas haben, wofür er lebt. Geld verdienen! Das ist gar nichts, wenn man damit nichts beginnt, Güter tut, oder ichöne Dinge kauft oder irgend etwas. Welch sonderbares, furchtbares Leben.“

„Ach marie.“

„Auf Sie.“

„Das dürfen Sie nicht sagen. Nie wieder. Das ist gegen die Abrede. Sie wissen, was ich Ihnen gesagt habe? Ich liebe meinen Mann, ich bin glücklich in meiner Ehe. Und es ist ein großes Unrecht, daß ich mich hinter dem Rücken meines Mannes mit Ihnen treffe. Sie dürfen mir das nicht zu sagen machen. Sie dürfen mich auch nicht antelefonieren, keine Blumen bringen, nichts. Eine Stunde wöchentlich wollen wir gute Freunde sein. Das ist schon ein großes Opfer, das ich Ihnen bringe.“

Sie erstickt über sein Gesicht. Es war todtraurig, der Mund verzerrt, die Augen hilflos wie die eines trunkenen, großen Hundes.

„Sie kommen um Ihres Mannes willen.“

„Soll ich Sie anfragen?“

„Ich habe selbst zu viel gelogen, ich weiß, wie lächerlich.“

Sie neigte sich über den Tisch zu ihm, daß er die duftende Wärme, die von ihr ausging, zu spüren vermeint.

Wenn Lächerlichkeit töten könnte.

Goebels beim „Scharfrichter“.

Auch unter den Deutschen der Jahrespresseplan für Meliorationen. Er soll nicht weniger als zehn Milliarden Mark erforderlich machen. Man kann nur warnen. Schon bei der produktiven Erwerbslosenfrage ist nicht immer genügend auf die Wirtschaftlichkeit und Wirtschaftlichkeit der Investitionen geachtet worden. Mit der famosen Einrichtung des „freiwilligen Arbeitsdienstes“ wird es sehr wahrscheinlich noch schlimmer kommen.

Dabei ist für produktive Arbeiten erst nicht ein hinreichender Rahmen in der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten geschaffen worden. Warum, so fragen wir, greift man nicht auf diese zurück? Schützt man vielleicht die öffentlichen Konten, die hier mehr gegeben ist, als wenn man gewisse Arbeiten durch Kolonnen im freiwilligen Arbeitsdienst verrichten läßt, von denen man eigentlich nicht weiß, wer sie zusammengestellt hat und was sie zuguterletz sollen. Aus diesen Überlegungen heraus möchten wir die Notwendigkeit der öffentlichen Kontrolle ganz besonders unterstreichen. Eine strenge objektive Kontrolle kann nur die Bewähr geben, daß der Subventionsmißbrauch nicht in den Himmel wächst.

Die Werbung ist so sensationell, daß wir sie mit Vergnügen

würdlich übernehmen: Das hatentzuzug in England. Erfreulicherweise macht die nationalsozialistische Bewegung auch in England ungeheure Fortschritte. Der Siegeszug der hatentzuzugbewegung in England ist unaufhaltsam. Sie besitzen dort ein eigenes Parteileit, die „Sunday Express“, mit dem hatentzuzug am Kopf des Blattes. Hervorragende Mitglieder der deutschen Winterpartei wurden zu Vorträgen nach England bereits eingeladen.

Dr. Goebels wird für Juli in London erwartet, trotzdem die jüdische Hochfinanz alle Anstrengung macht, sein Auftreten zu vereiteln. Er wird im Hotel Cecil, Old Bailey, absteigen und vom Chief Constable persönlich empfangen werden. Das Festarrangement ruht in den Händen der Parlamentarier A. Burglar und J. A. L. Scouder. Das Wälderemagen beginnt! Dazu muß bemerkt werden, daß das hatentzuzug am Kopf des „Sunday Express“ nur eine Spiegelung der allüberwiegenden Luft sein kann. Aus dem englischen Wörterbuch aber stieren wir: jail = Zuchthaus, Old Bailey = Kriminalgericht, chief executioner = oberster Scharfrichter, burglar = Einbrecher, pound = Scharte. Also Dr. Goebels kommt im Zuchthaus, wird vom Scharfrichter empfangen und Einbrecher und Schurken treffen das Festarrangement!

Ja, wenn Lächerlichkeit töten könnte, wären die braunen Nazis alle längst begraben.

Das Grab im U-Boot. Die an der Hebung des gesunkenen englischen U-Bootes arbeitenden Taucher haben die Verbindung mit den Überlebenden nicht wieder herstellen können. Man muß daher annehmen, daß die acht Mann, die noch am Mittwoch auf Kopfsteinen ruhten, inzwischen gestorben sind. Die Hochrechnungen stoßen auf erhebliche Schwierigkeiten, da das Boot tief her liegt.

Gefährlicher Klappdampfer. Der 2500 Tonne große Dampfer „Anatolia“ des Norddeutschen Lloyd strandete im Amazonasstrom. Die Ladung konnte gelöscht werden, der Dampfer ist verloren.

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erhöht sich während des Jahres und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlagsleiter: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Fernschreiber: G. m. b. H. Fernschreiber für Politik u. Wirtschaft: Kurt Wollenbaur, für den lokalen Teil: H. A. Wollenbaur, für Bekleidungs- u. Einzelhandel: Karl Trefft, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtpfeilige Kolonnenzeile oder deren Raum für Einzelgen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Werbefläche 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Satz. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfach 20 Wladenburg 4526 und Volksbuchhandlung (Zeitungsbüro) Wernigerode, Burgstraße 4.

Nr. 134

Freitag, den 12. Juni 1931

6. Jahrgang

Sehr ernste Lage.

Die Volkspartei ist zu den Faschisten übergegangen. — Diktatur der Industrie?

Die Deutsche Volkspartei hat sich am Donnerstag endgültig auf die Seite der Schwerindustrie geschlagen. Ihre Entschlossenheit hat am Donnerstag abend nach einer lehrstündigen, zum Teil außerordentlich heftigen Debatte, unter der Führung Dingeldeys mit 14 gegen 12 Stimmen beschlossen, ebenfalls die Einberufung des Reichstages zu fordern.

Vor der Abstimmung verließ Dr. Curtius die Fraktion. Wie es heißt, fühlt er sich nicht mit der Mehrheit der volksparteilichen Reichstagsfraktion, sondern mit dem Kabinett solidarisch. Die Abgeordneten Kahl und Kordorf gehörten ebenso wie Curtius zur Minorität ihrer Fraktion.

Die Volkspartei will den Sturz der Regierung.

Das ist der Sinn ihrer Forderung nach der Einberufung des Reichstages. Nachdem Brünning am Donnerstag gegenüber dem Führer der Volkspartei Dingeldey in Uebereinstimmung mit dem Gesamtkabinett jede Umänderung der Regierung im gegenwärtigen Augenblick abgelehnt hat, hat sich die Volkspartei ganz der Schwerindustrie verkauft. Sie hofft, durch eine Einberufung des Reichstages den Rücktritt der Regierung Brünning oder ihren Sturz in offener Selbstschuld zu erreichen und glaubt, daß damit

der Weg zur Bildung eines Direktoriums geebnet ist.

Dieser Plan ist gleichbedeutend mit dem Wunsch nach

Aufhebung sämtlicher Tarif- und Arbeitszeitbestimmungen.

Um die Spitze dieses Direktoriums, das nichts anderes sein würde als eine sozialreaktionäre Diktatur in schimmliger Form, will man einen Wirtschaftler setzen. Brünning, dem man inzwischen unter der Hand das Amt eines Außenministers in dem Direktorium angeboten hat, hat abgelehnt. Man hat ihn unter diesen Umständen wissen lassen, daß er eventuell auch der erste Direktor dieses Direktoriums, sein.

Reichstanzler von schwerindustriellen Götzen.

spielen kann. Schacht ist in diesen schwerindustriellen Kreis als Finanzminister ausgesprochen. Allein die Tatsache, daß sich die Volkspartei mit dieser innen- und außenpolitisch unmöglichen Figur als Finanzminister — denn nichts anderes soll er sein — einverstanden erklärt, hat die Partei bereits

wichtig in der Größe des Faschismus wandelt.

Ein Wunsch mehr für die deutsche Arbeiterklasse auf der Spur zu sein. Kein Zweifel, daß der Faschismus durch den Beschluß der Volkspartei Zugang erhalten hat.

Wird die Volkspartei ihr Ziel erreichen? Vortäufig ist selbst mit ihren Stimmen eine Mehrheit für die Einberufung des Reichstages noch nicht vorhanden. Die Entscheidung für diese Mehrheit liegt jetzt bei der Landvolk-Gruppe, bei der Sozialdemokratie. Am Samstag sind die Meinungen über die Zweckmäßigkeit einer Einberufung des Reichstages bisher noch geteilt. Die eine Richtung unter Führung von Gercke und Schlangensiefen sieht gegen die Einberufung, die andere will sie, um nicht hinter der Wirtschaftspartei und Volkspartei nachzulassen.

Nachdem sich die Volkspartei, wenn auch nur mit einer knappen Mehrheit von zwei Stimmen, für die Einberufung ausgesprochen hat, wird sich aller Voraussicht nach auch das Landvolk mit einer knappen Mehrheit dafür entscheiden, sobald für den Zusammentritt des Reichstages,

lebens für den Fall eine Mehrheit vorhanden sein würde,

daß die Reichsregierung der Sozialdemokratie hinsichtlich der Abänderung der Notverordnung genügend Konzessionen macht und sie sich deshalb nicht für den sofortigen Zusammentritt des Parla-

Der Zwischenkredit.

Die Verhandlungen des Reiches mit der Reichsbank über die Ermöglichung eines Zwischenkredits in Höhe von 250 Millionen Mark haben zu einem positiven Ergebnis geführt. Der Kredit wird dem Reich bis Ende Juni ausbezahlt und hat zur Zeit vom 15. Januar bis 15. April 1932 in monatlichen Raten zurückzuzahlen. Der Kredit ist jeweils mit 1 Prozent über Reichsbankzinsen zu verzinsen, heute also zu dem Lombardfuß von 6 Prozent. Die Banken erhalten dafür Sicherheiten.

Der Kredit soll in erster Linie zur Abwicklung der im Juni fällig werdenden 83 Millionen Mark alterer Staatsanleihen und der im Juni fälligen 122 Millionen Reichskredite verwendet werden.

Der Juli bringt für das Reich wieder größere Einnahmen, so daß ein Kreditbedarf des Reiches im Juni unwahrscheinlich ist.

Senatspräsident in Frankreich.

Der reaktionäre Gebrauch gewählt.

Paris, 11. Juni. (Eig. Draht.) Die Wahl des neuen Senatspräsidenten, die am Donnerstag nachmittag statt-

ments ausgesprochen würde. Falls sich das Landvolk jedoch entgegen allen Erwartungen nicht für die Einberufung ausgesprochen sollte, läge die Entscheidung darüber bei der Sozialdemokratie.

Was aber, wenn eine Mehrheit für die Einberufung des Reichstages vorhanden ist? Der Reichstanzler hat in Uebereinstimmung mit dem Kabinett keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Regierung sich aus innen- und außenpolitischen Gründen mit dem Zusammentritt des Parlaments nicht abfinden werde. Welche Konsequenzen die Regierung im Gesamtinteresse zu ziehen gedenkt, hat der Reichstanzler nicht veröffentlichen lassen.

Wird sie justiziell oder gar den Reichstag auflösen, ohne daß zunächst Neuwahlen ausgeschrieben werden?

Man erwartet in unterrichteten Kreisen die eine und auch die andere Möglichkeit. Aber welchen Ausgang schließlich ein Kampf zwischen Regierung und einer Parlamentsmehrheit nehmen wird, die zwar im Stande ist, das Kabinett zu stürzen, aber nie eine neue parlamentarische Regierung zu bilden vermag, ist vorläufig völlig ungewiß.

Dieses hängt von dem Reichspräsidenten ab,

dem der Reichstanzler heute in Rubek über die innen- und außenpolitische Lage Bericht erteilt werden wird. Was, wenn er — nehmen wir den günstigsten Fall an — es ablehnt, eine Demission des Kabinetts anzunehmen?

Im Augenblick ist lediglich zu sagen, daß die Situation bitter ernst ist u. alle Verantwortlichen in Rechnung gestellt werden müssen. Auch die, daß sich die Sozialdemokratie bereits in den nächsten Tagen zu einem außerordentlich schweren Abwehrkampf gegen die Söldlinge des Faschismus und ihrer Steigbügelhalter gezwungen sehen kann.

Macht Brünning Konzessionen?

Anbezug auf die Notverordnung ist die Reichsregierung zu Änderungen unter der Voraussetzung bereit, daß dadurch deren finanzielles Ergebnis nicht beeinträchtigt werden. Die eventuellen Abänderungen sollen jedoch weder durch den Reichstag noch durch einen Ausschuß beschlossen, sondern auf dem Wege interner Verhandlungen vereinbart werden. Inwiefern auf diesem Wege eine Befristung möglich ist, läßt sich zurzeit noch nicht sagen.

Verhandlungen mit der Sozialdemokratie.



und Landmann Boicars. Er ist vor dem Krieg Kolonial- und Kriegsminister und nach dem Krieg im Kabinett Clemenceau Unterstaatssekretär für die befreiten Gebiete gewesen. Seit 1926 ist er Präsident des Beratungskomitees der von Boicars geschaffenen Schulbildungsgeselle.

Unfinn der Notverordnung.

Die ungeheure Erregung, die die neue Notverordnung bei den wertvollen Schichten hervorgerufen hat, ist nur zu berechtigt. Die Notverordnung ist kein gewöhnliches Gesetzgebungsmerkmal. Sie ist einseitig und in einer Situation, die politisch, wirtschaftlich und finanziell schwerer ist als je zuvor. Trotz aller bisherigen Sanierungsversuche ist unter den Wirkungen der Wirtschaftskrise in den öffentlichen Haushalten und bei der Arbeitslosenvermehrung ein neuer Fehlbetrag von rund 2,4 Milliarden Mark entstanden. Einfließende Maßnahmen zu seiner Deckung sind unermesslich. Infolge dessen hat auch die neue Notverordnung Bestimmungen bringen müssen, die die Lebenshaltung der unteren Volksschichten nicht unberührt lassen. Diese Teilnahme haben alle vernünftigen Menschen empfunden. Man kann nicht verlangen, daß die Schichten, die noch Arbeit und Brot haben, durchaus bereit sind, für jene mit zu sorgen, denen beides fehlt.

Würde die Notverordnung sich in diesem Rahmen gehalten haben, so hätte sie zwar auch Widerstand und Erregung ausgelöst, Empfindungen, die doch aber schließlich durch die Einsicht und die Erkenntnis überwinden wären, daß die Rettung des Ganzen allem anderen voranging. Was die neue Notverordnung aber unerträglich macht, das ist ihre ungeheure wirtschaftliche Einseitigkeit, das ist die Empfindung, daß sie nicht nur notwendige und unvermeidliche Sanierungsmaßnahmen enthält, sondern daß sie die lang gehegte Absicht verwirklichen soll, alles, was dem Schutze der Lebenshaltung der unteren Volksschichten dient, abzubauen oder mindestens ganz erheblich einzuschränken. So enthält die Notverordnung eine Fülle von Eingriffen, die nicht gerecht sind, Eingriffe, die nicht zweckmäßig sind, ja solcher Eingriffe, die überhaupt nutzlos sind, aber ungeheuer verblüffend wirken. In der amlichen Begründung zur Notverordnung heißt der schöne Satz:

„Der Oberste der Volksgemeinschaft trägt zu der Schlussfolgerung, daß alle Volksgenossen zur Abmilderung der Katastrophe, die in Gefahr der Arbeitslosigkeit über das Land herein gebrochen ist, nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit beitragen müssen. Dieser Gedanke entspricht auch dem Volksempfinden.“

Sehr richtig! Dieser Gedanke entspricht durchaus dem Volksempfinden, aber die Notverordnung entspricht diesem Gedanken nicht. Sie es gerecht, daß den schwächsten Schichten die schwersten Lasten auferlegt werden, während die leistungsfähigen Kreise am meisten geschont werden? Sie es gerecht, daß Arbeiter, Angestellte und Beamte, Arbeitslose, Wohlfahrtsempfänger und Kriegesbedingte in ihren Bezügen schwerere Kürzungen erfahren, während bei Industrie, Hausbesitz und Landwirtschaft sogar Steuerermäßigungen eintreten? Sie es gerecht, wenn die Renten der Arbeitslosen um 7—14 Prozent gekürzt werden, den Hausbesitzern aber eine Erhöhung ihrer Einnahmen aus der Werte zuzunehmen wird? Wo ist die Gerechtigkeit, wenn die Erhaltung der Leistungsfähigkeit, wenn ein Arbeiter schon bei 2000 A Jahres-einkommen 20 A Krankenversicherung bezahlen muß, ein Landwirt dagegen erst bei 8000 A? Entspricht es dem Volksempfinden, wenn 4 Millionen Arbeitslosen die Lohnverlust-Erstattungen gerundet werden, auf die sie einen gesetzlichen Anspruch hatten, während gleichzeitig den hohen Einkommen eine Steuerermäßigung für ihre Erparnisse gewährt wird? Sie es sozial gerecht, wenn die Unterstützung der Tabakarbeiter, die durch die Zollerhöhung arbeitslos geworden sind, aufgehoben wird, die Unterstützung an die Tabakfabrikanten aber bestehen bleibt?

Alles das ist nicht gerecht, sondern in höchstem Maße ungerecht. Aber damit nicht genug. Die Notverordnung enthält auch eine ganze Reihe von Vorschriften, die unter den heutigen Verhältnissen eine Vergeudung öffentlicher Mittel darstellen, weil sie unzumutbar sind. Das gilt vor allem von den Subventionen. Während die Gemeinden nicht wissen, woher sie das Geld für die Unterhaltung der Wohlfahrtskassen nehmen sollen, werden 140 Millionen aus der Kreissteuer für sogenannte Arbeitsbeschäftigung verwendet. Wie aber sieht diese Arbeitsbeschäftigung in Wirklichkeit aus? Die Reichsbahn soll mit Hilfe dieser Mittel in verstärktem Umfange Gleisverneuerungen und Umbauten vornehmen, bei denen angeblich 120 000 Arbeiter ein halbes Jahr lang Beschäftigung finden sollen. Aber die Schwerindustrie wird die vermehrten Lieferungen an die Reichsbahn, die dadurch möglich werden, nicht dazu benutzen, neue Arbeiter einzustellen, sondern wird erst einmal ihre Lager räumen.

Ebenso sieht es mit der Subvention an den Steinkohlenbergbau. Ihm sollen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bezahlt werden, damit die Kohlenpreise gekürzt werden können. Praktisch wird aber die deutsche Wirtschaft kaum etwas davon haben, sondern die Steinkohlenbarone werden auf diese Weise ihren verkümmerten Konkurrenzkampf gegen England finanzieren. Dazu kommt der freiwillige Arbeitsdienst. Hier besteht die große Gefahr, daß bedeutende Mittel aufgewendet werden, um den Wehrverbänden amtlich geforderte Aufgaben zu übertragen und so Arbeiter durchzuführen zu lassen, die sich volkswirtschaftlich als Kapitalgesellschaften größten Stils erweisen.

Schlüsselt man die Notverordnung nach eine ganze Reihe von Vorschriften, die überhaupt nutzlos erscheinen, aber, weil sie im höchsten Grade unglücklich sind, besonders verblüffend wirken. So wird bei der Strifenunterlage die Erhaltungspflicht eingeführt und damit die Unterstützung der Erwerbslosen in bedeutender Weise dem Zustand der alten Armenpflege angelehnt. Ferner wird der Anzeigepflicht für nachgezielte Arbeit verhängt, als